

Private Verschuldung und Überschuldung in Schleswig-Holstein

Expertise

im Auftrag des Diakonischen Werkes Schleswig-Holstein
Landesverband der inneren Mission e.V.

Dr. Dr. Gunter E. Zimmermann
Büro für Sozioökonomie Forschung und Entwicklung
Karlsruhe

Diakonisches Werk
Schleswig-Holstein
Landesverband der
Inneren Mission e.V.

November 2011

Private Verschuldung und Überschuldung in Schleswig-Holstein

Expertise

im Auftrag des Diakonischen Werkes Schleswig-Holstein

Landesverband der inneren Mission e. V.

Dr. Dr. Gunter E. Zimmermann

Büro für Sozioökonomie
Forschung und Entwicklung

Karlsruhe, im November 2011

Dr. Dr. Gunter E. Zimmermann
Büro für Sozioökonomie
Forschung und Entwicklung

Karl-Leopold-Straße 27
76229 Karlsruhe

Tel. 0721-4539 103

Fax 0721-4539 104

ge_zimmermann@web.de

INHALT

Zusammenfassung

| | | |
|-----------|---|----------|
| 1. | Einleitung: | 6 |
| 1.1 | Kredite schaffen Märkte: Der kreditfinanzierte private Verbrauch als Wirtschaftsfaktor | 6 |
| 1.2 | Bundesweit steigender Bedarf an Schuldnerberatung 2010 | 7 |
| 1.3 | Die Stufen des Überschuldungsprozesses | 11 |

Private Verschuldung und Überschuldung in Schleswig-Holstein: Empirische Analysen

| | | |
|-----------|--|-----------|
| 2. | Absolute Überschuldung von Privatpersonen | 15 |
| 2.1 | Verbraucherinsolvenzen | 15 |
| 2.1.1 | Die bundesweite Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen | 15 |
| 2.1.2 | Verbraucherinsolvenzen in Schleswig-Holstein auf sehr hohem Niveau | 17 |
| 2.1.3 | Schleswig-Holstein im Bundesländervergleich | 20 |
| 2.2 | Absolute Überschuldung: Zahlungsunfähige Personen mit den Merkmalen Verbraucherinsolvenz und/oder Eidesstattliche Versicherung | 24 |
| 2.2.1 | Verbraucherinsolvenz und Eidesstattliche Versicherung: Zentrale Merkmale der absoluten Überschuldung/Zahlungsunfähigkeit | 24 |
| 2.2.2 | Absolute Überschuldung: Das bundesweite Ausmaß zahlungsunfähiger Personen (Verbraucherinsolvenz und/oder EV) | 25 |
| 2.2.3 | Absolute Überschuldung in Schleswig-Holstein: Kontinuierliche Zunahme zahlungsunfähiger Personen | 26 |

| | | |
|-----------|---|-----------|
| 3. | Privatpersonen mit Zahlungsproblemen | 29 |
| 3.1 | Zahlungsausfälle und andere Negativmerkmale | 29 |
| 3.2 | Die bundesweite Entwicklung: Hohe Zuwächse bei den Privatpersonen mit Zahlungsproblemen | 30 |
| 3.3 | Schleswig-Holstein: Kontinuierliche Zunahme der Privatpersonen mit Zahlungsproblemen | 32 |
| 4. | Relative Überschuldung von Privathaushalten | 36 |
| 4.1 | Gesetzliche Existenzminima 2009 | 36 |
| 4.2 | Relativ überschuldete Privathaushalte mit Konsumenten- und/oder Hypothekarkrediten | 38 |
| 4.3 | Überschuldete Privathaushalte mit Konsumentenkrediten | 40 |
| 5. | Sozioökonomische Merkmale und Strukturen von Personen in Schuldnerberatung in Schleswig-Holstein | 43 |
| 5.1 | Die Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes | 43 |
| 5.2 | Soziodemographische Merkmale überschuldeter Personen in Schuldnerberatung | 44 |
| 5.2.1 | Geschlecht | 44 |
| 5.2.2 | Altersverteilung der beratenen Personen | 44 |
| 5.2.3 | Beratene Personen nach dem Haushaltstyp | 46 |
| 5.2.4 | Erwerbssituation und Berufsbildung der Überschuldeten | 47 |
| 5.2.5 | Monatliches Nettoeinkommen des gesamten Haushaltes der beratenen Personen | 49 |
| 5.2.6 | Staatsangehörigkeit der Personen in Schuldnerberatung | 50 |
| 5.3 | Auslöser der Überschuldung | 50 |

| | | |
|-------|--|----|
| 5.3.1 | Die Hauptauslöser der Überschuldung bei beratenen Personen | 51 |
| 5.3.2 | Die Hauptauslöser der Überschuldung nach Haushaltstypen | 52 |
| 5.4 | Art und Höhe der Schulden, Zahl der Gläubiger | 53 |
| 5.4.1 | Anzahl der Gläubiger | 53 |
| 5.4.2 | Art und Höhe der Schulden | 53 |

Anhang

| | | |
|-----------|---------------------------------|-----------|
| 6. | Datenquellen der Analyse | 57 |
|-----------|---------------------------------|-----------|

Zusammenfassung

Bundesweite Zunahme der absoluten Überschuldung und der Zahlungsprobleme von Privatpersonen

Grundsätzlich zeigen die Analysen, dass die Anzahl der Personen mit absoluter Überschuldung (Zahlungsunfähigkeit) wie auch jene mit Zahlungsproblemen bundesweit zugenommen haben. Die Anzahl der 2010 bundesweit neu eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren betrug 109 Tsd. (ein Anstieg um 7,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Gleichzeitig wurde mit 3,1 Millionen absolut überschuldeten (zahlungsunfähigen) Personen 2010 ein neuer Höchststand erreicht. Weiterhin stieg die Anzahl der Personen mit Zahlungsproblemen von 2009 auf 2010 um rd. 200 Tsd. auf fast 6 Millionen Betroffene.

Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands nach dem Krisenjahr 2009 ist bei den Verbrauchern 2010 nicht angekommen

Der private Konsum stabilisierte und stützte im Krisenjahr 2009 die Märkte (angeregt durch die Konjunkturprogramme der Bundesregierung etc.), wobei dieser Konsum zu einem erheblichen Anteil durch Kredite finanziert wurde (10 Prozent mehr neue Ratenkredite 2009 gegenüber dem Vorjahr). Fehlende Realloohnerhöhungen für die meisten Erwerbstätigen im Wirtschaftsaufschwung 2010¹ trugen dazu bei, dass die Anzahl der überschuldeten Privatpersonen 2010 zum Teil stark zugenommen hat.

1. Zunahme der absoluten Überschuldung und der Zahlungsprobleme von Privatpersonen in Schleswig-Holstein

1.1 Absolute Überschuldung (Zahlungsunfähigkeit) von Privatpersonen in Schleswig-Holstein

Verbraucherinsolvenz und Eidesstattliche Versicherung (EV) sind Merkmale der absoluten Überschuldung bzw. der Zahlungsunfähigkeit von Privatpersonen. Mit diesen beiden zentralen Merkmalen wird ein wesentlicher Teil der absolut überschuldeten Personen abgebildet (**Untergrenze absoluter Überschuldung von Privatpersonen**). Darüber hinaus kann natürlich auch absolute Überschuldung bei Personen bestehen, die nicht diese beiden Merkmale aufweisen.

¹ Vgl. Brenke, Karl: Reallöhne in Deutschland über mehrere Jahre rückläufig, in: Wochenbericht des DIW Nr. 33, Berlin 2009.

Vgl. Roth, Eva: Gehälter sinken im Aufschwung, in: Berliner Zeitung vom 19. Juli 2011, S. 1.

**Verbraucherinsolvenzen auf sehr hohem Niveau:
Neuer Höchststand 2010 in Schleswig-Holstein**

Im Jahr 2010 wurde in Schleswig-Holstein mit 4615 (neu) eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren ein neuer Höchststand erreicht. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr lag mit 6,1 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt von 7,6 Prozent. Allerdings liegt grundsätzlich das Niveau der Verbraucherinsolvenzen in Schleswig-Holstein im Vergleich der Bundesländer sehr hoch. Die Anzahl der Verbraucherinsolvenzen je 100 Tsd. (volljähriger) Einwohner ist mit 197 einer der höchsten in Deutschland. Diese Anzahl hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen.

Die voraussichtliche durchschnittliche Forderungshöhe der Gläubiger je Verbraucherinsolvenz 2010 in Schleswig-Holstein betrug 54 Tsd. Euro (bundesweiter Durchschnitt 2010 je Fall rd. 58 Tsd. Euro).

**Absolut überschuldete Personen
(Verbraucherinsolvenz und/oder EV):
Kontinuierliche Zunahme in Schleswig-Holstein**

Die Anzahl der zahlungsunfähigen (absolut überschuldeten) Personen vergrößert sich mehrfach, wenn auch das Merkmal Eidesstattliche Versicherung mit einbezogen wird.

Im Jahr 2010 waren in Schleswig-Holstein rd. 117400 Personen absolut überschuldet, da sie mit einem (laufenden) Verbraucherinsolvenzverfahren und/oder einer EV belastet waren. Die Anzahl der zahlungsunfähigen (absolut überschuldeten) Personen hat in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen: Waren es 2004 noch rd. 100.600 Personen, so waren es 2010 bereits um fast 17 Prozent mehr (117.400 Personen).

Wie viele volljährige Personen darüber hinaus (absolut) überschuldet sind, kann nicht genau bestimmt werden. Wir wissen allerdings sehr genau, wie viele Personen grundsätzlich Probleme haben, ihre vertraglichen Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

1.2 Zunahme der Privatpersonen mit Zahlungsproblemen in Schleswig-Holstein

**Schleswig-Holstein 2010:
218 Tsd. Personen mit Zahlungsproblemen**

Rechnet man zu den absolut überschuldeten Personen noch jene hinzu, die mindestens einen Zahlungsausfall (offene, ausreichend gemahnte und unbestrittene Forderung) aufweisen, so erhalten wir alle (volljährigen) Personen mit Zahlungsproblemen. Bundesweit hatten im Jahr 2010 fast 6 Mio. Personen Zahlungsprobleme (2009: 5,8 Mio.). Davon waren 2010 rd. 218 Tsd. Personen aus Schleswig-Holstein (2009: rd. 210 Tsd. Personen). Seit 2004 hat die Anzahl der Personen mit Zahlungsproblemen in Schleswig-Holstein um ein Viertel zugenommen.

Anteil der Personen mit Zahlungsproblemen in Schleswig-Holstein deutlich über dem Bundesdurchschnitt

Bezogen auf alle volljährigen Personen betrug der Anteil der Personen mit Zahlungsproblemen in Schleswig-Holstein 9,3 Prozent, was deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 8,7 Prozent lag.

Bei den personenbezogenen Zahlungsproblemen werden durch die SCHUFA vor allem jene aus bankenmäßigen Verschuldungsformen erfasst, aber ebenso werden auch Zahlungsausfälle von wichtigen nicht-bankenmäßigen Verschuldungsformen (Versicherungen, Handyverträge etc.) erhoben.

2. Relative Überschuldung von Privathaushalten in Schleswig-Holstein

Verschuldung und Überschuldung betreffen nicht nur die Person, die für einen Kredit oder eine andere Verschuldungsform haftet, sondern den ganzen Haushalt als Wirtschaftsgemeinschaft.

Wann ist ein Haushalt überschuldet?

Zur Feststellung, ob ein Haushalt bzw. eine Wirtschaftsgemeinschaft überschuldet ist, werden von den Gesamteinnahmen des Haushalts alle Zahlungsverpflichtungen aus Verschuldungsformen abgezogen und geprüft, ob der verbleibende Einkommensrest ausreicht, die Lebenshaltungskosten nach den gesetzlichen Existenzminima (Pfändungsfreigrenze bzw. Sozialhilfe / ALG II) zu gewährleisten. Deckt der Einkommensrest die Lebenshaltungskosten des Haushaltes nach den gesetzlichen Existenzminima nicht, gilt der Haushalt als überschuldet. Als überschuldungsgefährdet werden jene Haushalte angesehen, die sehr gering positiv bilanzieren (Saldo kleiner 50 Euro).

2.1 Relativ überschuldete Haushalte mit Konsumenten- und/oder Hypothekarkrediten in Schleswig-Holstein im Jahr 2009

Nach Berechnungen auf der Basis des Sozioökonomischen Panels (SOEP) waren 2009 in Deutschland rd. 3 Mio. Privathaushalte mit Konsumenten- und/oder Hypothekarkrediten überschuldet bzw. stark überschuldungsgefährdet. In Schleswig-Holstein waren 2009 rd. 100 Tsd. Privathaushalte von Überschuldung betroffen, und unter Einbeziehung der überschuldungsgefährdeten Haushalte waren rd. 110 Tsd. Haushalte überschuldet bzw. überschuldungsgefährdet. Der Anteil der überschuldeten Haushalte an allen Haushalten betrug für Schleswig-Holstein 6,9 Prozent und lag damit im Jahr 2009 über dem bundesweiten Anteil von 6,5 Prozent.

2.2 Relativ überschuldete Haushalte mit Konsumentenkrediten in Schleswig-Holstein im Jahr 2009

Lässt man die Hypothekarkredite außen vor und betrachtet nur die Haushalte mit Konsumentenkrediten, so waren in Deutschland (2009) 1,65 Mio. Haushalte mit Konsumentenkrediten von Überschuldung betroffen und in Schleswig-Holstein rd. 60 Tsd. Haushalte, und zuzüglich der überschuldungsgefährdeten Haushalte erhöht sich die Anzahl auf rd. 70 Tsd.

3. Sozioökonomische Merkmale und Strukturen von Personen in Schuldnerberatung in Schleswig-Holstein

Die Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes, die die Daten anonymisierter Beratungsfälle von Schuldnerberatungsstellen untersucht, ist der einzige umfassende Datensatz, der Auskunft zu den soziodemographischen Charakteristiken der bei Schuldnerberatungsstellen betreuten Personen gibt.

3.1 Soziodemographische Merkmale überschuldeter und beratener Personen in Schleswig-Holstein

Männer und Frauen sind als Klienten bei Schuldnerberatungsstellen in fast gleicher Anzahl anzutreffen.

Personen im Alter zwischen 35 und 45 Jahren suchen am häufigsten Rat

28 Prozent aller beratenen Personen in Schleswig-Holstein sind im Alter zwischen 35- bis 45 Jahren. Der Anteil der 25- bis 35jährigen beträgt rd. 25 Prozent und jener der 45- bis 55jährigen rd. 23 Prozent. Diese Altersgruppen sind im Vergleich zu ihrem Anteil in der Gesamtbevölkerung überproportional vertreten.

Alleinlebende und Haushalte mit Kindern am häufigsten überschuldet

42 Prozent aller Ratsuchenden bei Schuldnerberatungsstellen sind alleinlebende Personen. In rd. 38 Prozent der Beratungsfälle leben Kinder in den überschuldeten Haushalten.

Fast die Hälfte der beratenen Personen ist arbeitslos und nur jeder Dritte ist erwerbstätig

Nach Haushaltstypen betrachtet sind überschuldete alleinerziehende Frauen am häufigsten von Arbeitslosigkeit betroffen (61,5 Prozent aller alleinerziehenden Frauen).

Unter den jüngeren beratenen Personen unter 25 Jahren sind 70 Prozent ohne Berufsausbildungsabschluss.

Haushaltsnettoeinkommen der beratenen Personen auf niedrigem Niveau

Das monatliche Nettoeinkommen des gesamten Haushaltes der beratenen Personen liegt häufig auf oder unter den Niveau der Pfändungsfreigrenze für diesen Haushalt.

3.2 Die Hauptauslöser der Überschuldung

Arbeitslosigkeit war im Wirtschaftskrisenjahr 2009 (aber auch in den Jahren davor) mit rd. 28 Prozent der häufigste Hauptauslöser für Überschuldung bei Personen, die in Schuldnerberatungsstellen in Schleswig-Holstein betreut wurden. Die Kategorie „Trennung, Scheidung bzw. der Tod des Partners“ war mit rd. 16 Prozent der zweithäufigste Auslöser gefolgt von der Kategorie „Erkrankung, Sucht und Unfall“ (rd. 12 Prozent aller beratenen Personen).

Der Kategorie „unwirtschaftliche Haushaltsführung“ war nach Beurteilung der Schuldnerberater in rd. 10 Prozent der beratenen Personen der Auslöser für die Überschuldung.

Nach Haushalts-/Lebensformen (Haushaltstypen) betrachtet, war Arbeitslosigkeit am häufigsten der Überschuldungsauslöser bei alleinlebenden Männern (rd. 28 Prozent); „Trennung, Scheidung, Tod des Partners“ ist der häufigste Auslöser bei alleinerziehenden Frauen und Männern.

3.3 Art und Höhe der Schulden, Zahl der Gläubiger

Etwa die Hälfte aller beratenen Personen hat zwischen 2 und 9 Gläubiger. Rd. 35 Prozent haben 10 und mehr Gläubiger.

Die durchschnittliche Schuldenhöhe aller beratenen Personen in Schleswig-Holstein 2009 betrug rd. 35 Tsd. Euro.

Die Höhe der Schulden ist stark altersabhängig: Die unter 20jährigen kommen auf durchschnittlich rd. 3900 Euro, die 65- bis 70jährigen hingegen auf Schulden in der Höhe von rd. 64 Tsd. Euro.

Die unter 20jährigen weisen bei Telefongesellschaften mit 2125 Euro die höchsten Zahlungsrückstände auf und die über 70jährigen bei den Versandhäusern mit durchschnittlichen Schulden von 2744 Euro.

1. Einleitung:

1.1 Kredite schaffen Märkte:

Der kreditfinanzierte private Verbrauch als Wirtschaftsfaktor

Die Kaufkraft der Bevölkerung bzw. der private Konsum sind ein entscheidender Wirtschaftsfaktor für den Konjunkturverlauf einer Volkswirtschaft. Das heißt, der private Konsum ist von großer Bedeutung für die Wachstumsrate des BIP (Bruttoinlandsprodukt: Wert aller Güter und Dienstleistungen, die in Deutschland hergestellt werden), dessen (positive) Dynamik nach wie vor das Ziel jeder Wirtschaftspolitik ist. Denn das allgemeine Credo lautet: Das BIP-Wachstum schafft Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und in der Folge Wohlstand für die Bevölkerung.² Spätestens seit den 1950er Jahren sind Massenproduktion und Massenkonsum der Inbegriff des modernen Kapitalismus, wobei sowohl die Produktion wie auch der private Konsum zu wesentlichen Teilen durch Kredite (vor-)finanziert sind.

Für die Finanzierung des privaten Konsums bietet die Kreditwirtschaft die so genannten Konsumentenkredite an (Raten-, Nicht-Raten- und Dispositionskredite), die unter anderem mit klingenden Namen wie „Ja-Kredit“ (für die Erstausstattung junger Paare), „Hammer und Nagel-Kredit“ (für den Hobbyheimwerker) usw. beworben wurden.³ Die Kreditaufnahme sollte für jeden Anlass selbstverständlich und alltäglich erscheinen und es gelang, dass das Bestandsvolumen der Konsumentenkredite von den 1970er Jahren bis zur Jahrtausendwende hohe Zuwachsraten aufwies (vgl. Kap. 1.2). Es ist also keineswegs übertrieben zu sagen, dass die Konsumentenkredite Märkte schaffen.

Stagniert oder fällt der private Konsum bzw. der Produktionsindex, so reagiert die Wirtschaftspolitik in der Regel durch entsprechende Konjunktur fördernde Maßnahmen, um unter anderem den privaten Konsum zu „beleben“. Dies erfolgte auch nach der Finanz- und Wirtschaftskrise, die, ausgehend von den USA, im Spätsommer 2008 Deutschland erreichte. Durch das von der Bundesregierung erlassene Konjunkturprogramm (Umweltprämie für PKW etc.) sowie durch Rabatt- und Finanzierungsangebote des Handels trug der private

² Seit vielen Jahren werden Wirtschaftsmodelle veröffentlicht und zur Diskussion gestellt, die für einen „Wohlstand ohne Wachstum“ (so auch der Untertitel der jüngsten Veröffentlichung von M. Miegel (s. u.)) plädieren, die jedoch bisher keine Anwendung in der Wirtschaftspolitik erfahren haben.

Vgl. hierzu Miegel, Meinhard: Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin 2010.

³ Vgl. Andersen, Arne: Der Traum vom guten Leben. Alltags- und Konsumgeschichte vom Wirtschaftswunder bis heute, Frankfurt a. M. / New York 1999, S. 203.

Konsum im Rezessionsjahr 2009 (BIP: - 4,7 Prozent⁴) ganz zentral zur Stabilisierung der Märkte bei. Ein erheblicher Anteil dieses stimulierten privaten Konsums wurde jedoch durch Kredite finanziert. Mit 7,611 Millionen neu abgeschlossenen Ratenkrediten erfolgte 2009 im Vergleich zum Vorjahr ein Zuwachs um 10 Prozent.⁵ Im Jahr 2010 fiel zwar die Anzahl der neu abgeschlossenen Ratenkredite auf rund 7,3 Millionen, die Anzahl aller laufenden Ratenkredite erreichte jedoch mit 17,3 Millionen Verträgen einen neuen Höchststand.⁶

Hervorgehoben sei in diesem Zusammenhang, dass zwar der Anteil der Kreditausfälle bei Ratenkrediten⁷ in den letzten drei Jahren (2008 – 2010) ziemlich konstant bei 2,5 Prozent lag⁸, bei einer wachsenden Anzahl der laufenden Kredite nimmt jedoch auch (bei konstanter Ausfallsrate) die absolute Anzahl der Kreditausfälle zu, was wiederum zu einem steigenden Schuldnerberatungsbedarf führt.

1.2 Bundesweit steigender Bedarf an Schuldnerberatung 2010

Mehr ausgefallene Ratenkredite im Jahr 2010

Trotz der sehr starken wirtschaftlichen Erholung in Deutschland im Jahr 2010, das BIP wuchs um 3,6 Prozent⁹, hat der Anteil der Ausfälle bei Ratenkrediten nicht abgenommen, sondern stieg gering auf 2,5 Prozent (Ausfallsrate 2009: 2,4 Prozent)¹⁰ an. Das heißt, dass im Jahr 2010 von 100 Ratenkrediten etwas weniger als 3 ausfielen (die durchschnittliche Quote betrug 2,5 Prozent). Da vor allem jedoch die Anzahl der laufenden Ratenkredite in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen hat, nahm auch die Anzahl der Kreditausfälle zu. 2010 wurden rd. 433 Tsd. Ratenkredite nach unwidersprochener Mahnung nicht bezahlt, das waren rd. 40 Tsd. mehr als im Jahr 2008. Aber nicht nur dadurch erhöhte sich der Bedarf an Schuldnerberatung.

⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 010 vom 12.01.2011.

⁵ Vgl. SCHUFA Holding AG (Hrsg.): SCHUFA Kredit-Kompass 2010. Empirische Indikatoren der privaten Kreditaufnahme in Deutschland, Wiesbaden 2010, S. 35.

⁶ Vgl. SCHUFA Holding AG (Hrsg.): SCHUFA Kredit-Kompass 2011. Empirische Indikatoren der privaten Kreditaufnahme in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 9.

⁷ Anteil der Ratenkredite, die offen sind und nach Mahnung nicht bestritten und nicht bezahlt wurden.

⁸ Vgl. SCHUFA Holding AG (Hrsg.): SCHUFA Kredit-Kompass 2011. Empirische Indikatoren der privaten Kreditaufnahme in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 60.

⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Pressemitteilung Nr. 010 vom 12.01.2011.

¹⁰ Vgl. SCHUFA Holding AG (Hrsg.): SCHUFA Kredit-Kompass 2011. Empirische Indikatoren der privaten Kreditaufnahme in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 60.

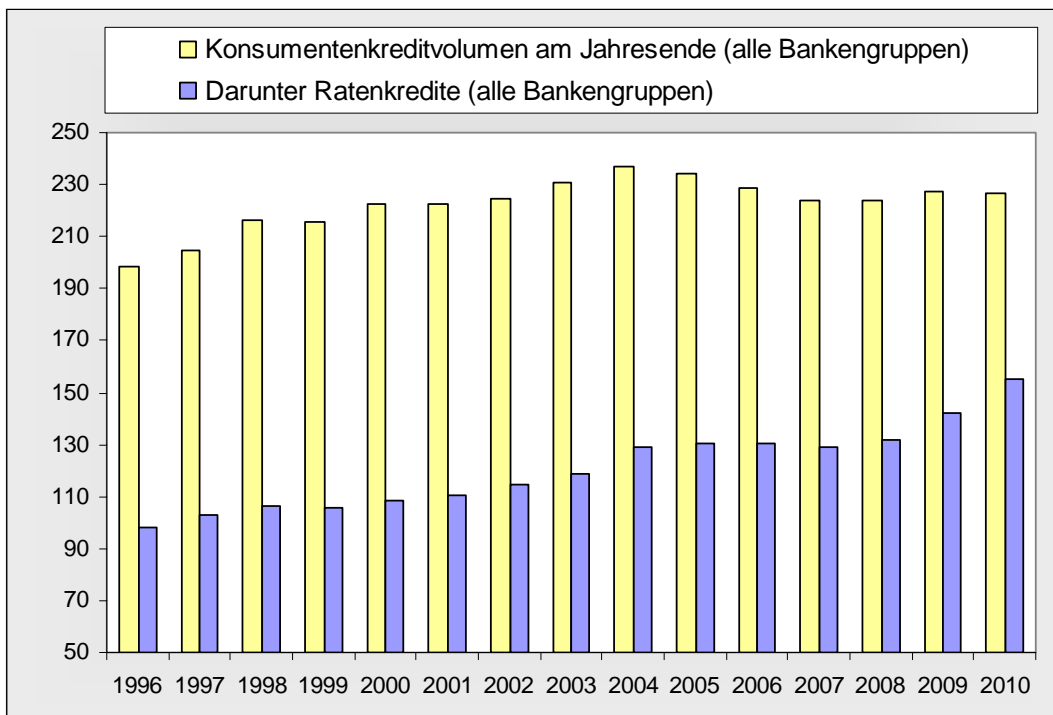
Neuer Höchststand bei den Verbraucherinsolvenzen 2010

Auch die Anzahl der beantragten Verbraucherinsolvenzen (ohne ehemalige Selbständige) erreichte 2010 mit rd. 109 Tsd. einen neuen Höchststand. Die Anzahl lag damit im Wirtschaftsboomjahr 2010 um 7,6 Prozent höher als im Krisenjahr 2009 (vgl. Kap. 2.1.1 und Abb. 2.1).

Kontinuierliche Zunahme der Ratenkredite

Im Jahr 2010 lag das Konsumentenkreditvolumen mit 226,68 Mrd. Euro etwa auf dem Niveau von 2009 (227,45 Mrd. Euro).¹¹ Das Volumen der Ratenkredite, die eine zentrale Form der Konsumentenkredite darstellen, hat sich jedoch von 142 Mrd. Euro im Jahr 2009 auf 155 Mrd. Euro in 2010 erhöht (vgl. Abb. 1.1).¹²

Abb. 1.1



Quelle: Datenbasis: Monatsberichte und Statistische Beihefte (Bankenstatistiken) der Deutschen Bundesbank; eigene Darstellung.

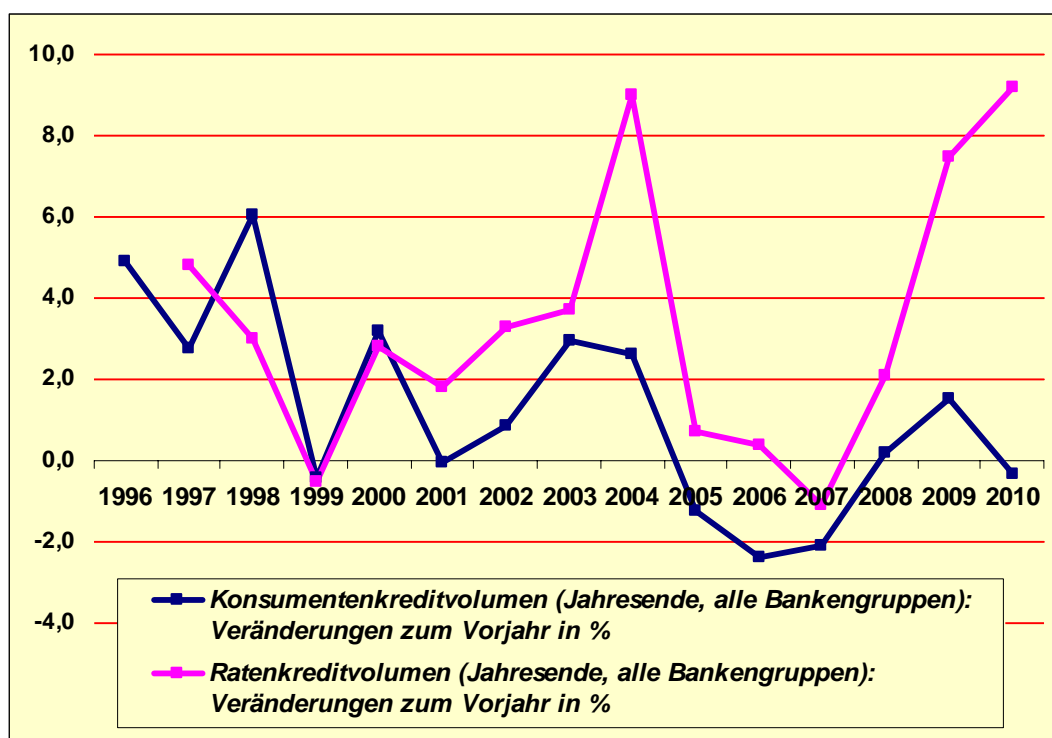
Die SCHUFA zeigt in diesem Zusammenhang auf, dass die Anzahl der laufenden Ratenkredite von 2009 auf 2010 um 470 Tsd. Kredite auf insgesamt 17,3

¹¹ Vgl. Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Bankenstatistik Juli 2011 (= Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 1), Frankfurt a. M. 2011, S. 34f.

¹² Vgl. Ebd., S. 34f.

Millionen anstieg, wobei die Höhe der Ratenkredite im Durchschnitt abnahm.¹³ Insgesamt verdeutlicht Abb. 1.1: Während das Konsumentenkreditvolumen nach 2004 leicht abgenommen hat, nahm das Ratenkreditvolumen kontinuierlich zu. Dies wird noch deutlicher, wenn man die Veränderung der Kreditvolumina in Prozent zum Vorjahr ausdrückt (vgl. Abb. 1.2).

Abb. 1.2



Quelle: Datenbasis: Monatsberichte und Statistische Beihefte (Bankenstatistiken) der Deutschen Bundesbank; eigene Berechnungen und Darstellung.

Kontinuierliche Zunahme des Bedarfs an Schuldnerberatung: 3260 zahlungsunfähige Personen je Beratungsstelle in Schleswig-Holstein

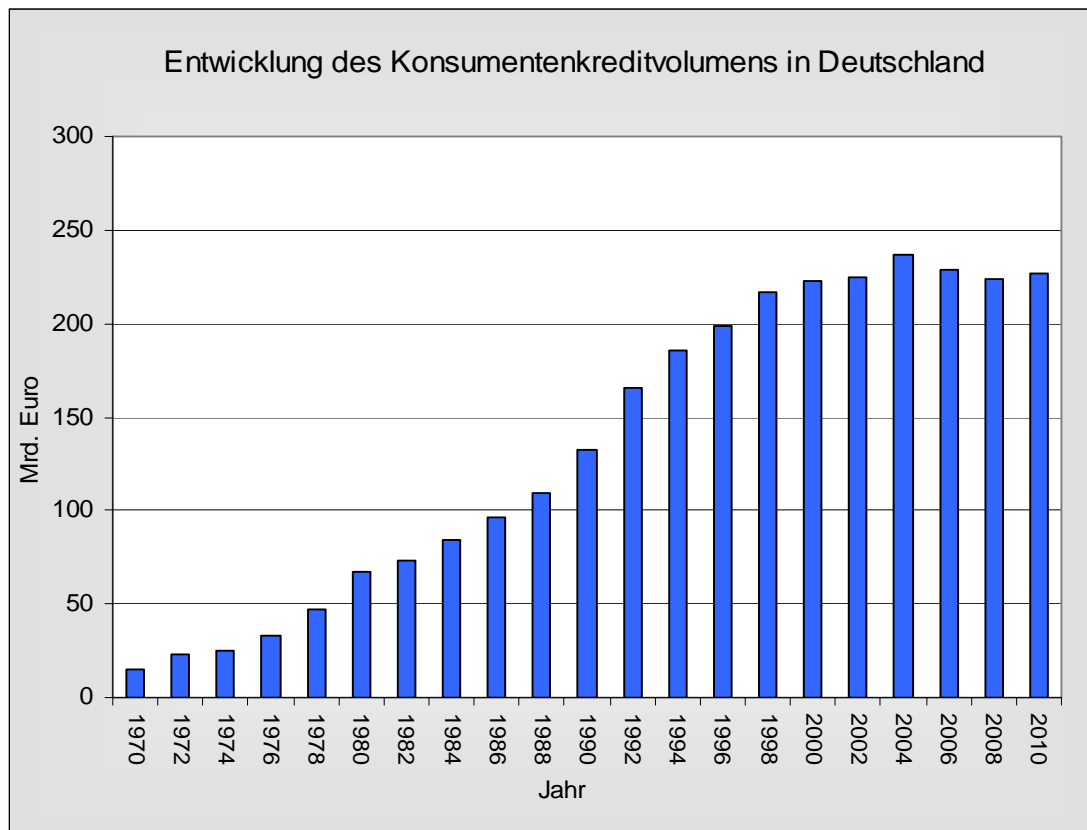
Auf Grund der erwähnten neuen Höchststände in 2010 bei den Verbraucherinsolvenzen (109 Tsd.) sowie den Ratenkreditausfällen (433 Tsd.) entstand auch bundesweit ein zusätzlicher Bedarf an Schuldnerberatung, wobei dieser in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich zunahm.

Die grundsätzliche Bedarfszunahme an Schuldnerberatung hat ihre Ursache in einer Vervielfachung des Konsumentenkreditvolumens, das in den drei Jahrzehnten von 1970 bis 2000 von rd. 15 Mrd. Euro auf das etwa 15-fache von mehr als 220 Mrd. Euro anstieg (vgl. Abb. 1.3). Da die Aufnahme eines Kredites

¹³ Vgl. SCHUFA Holding AG (Hrsg.): SCHUFA Kredit-Kompass 2011. Empirische Indikatoren der privaten Kreditaufnahme in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 58f.

jedoch auch immer mit Risiken hinsichtlich der vertraglichen Zahlungsverpflichtungen des Kreditnehmers verbunden ist, stieg in diesem Zeitraum auch die Anzahl der überschuldeten Privatpersonen bzw. –haushalte sprunghaft an.

Abb. 1.3



Quelle: Datenbasis: Monatsberichte und Statistische Beihefte (Bankenstatistiken) der Deutschen Bundesbank; eigene Darstellung.

Es ist daher kein Zufall, dass seit Mitte der 1970er Jahre die Einrichtung der Schuldnerberatung sich innerhalb weniger Jahre zu einem eigenständigen Bereich der Sozialarbeit entwickelt hat. Mit dem rasant wachsenden Konsumentenkreditvolumen haben auch die Problemfälle und entsprechend auch der Beratungsbedarf nicht weniger schnell zugenommen.

Insgesamt bestehen in Deutschland derzeit rd. 1000 (nicht-kommerzielle) Beratungsstellen, darunter rd. 36 in Schleswig-Holstein. Da 2010 in Schleswig-Holstein rd. 117.400 Personen zahlungsunfähig (Verbraucherinsolvenz und/oder abgegebene Eidesstattliche Versicherung) waren (vgl. Kap. 2.2.3) resultiert alleine daraus ein Beratungsbedarf von 3260 zahlungsunfähigen Personen je Beratungsstelle.

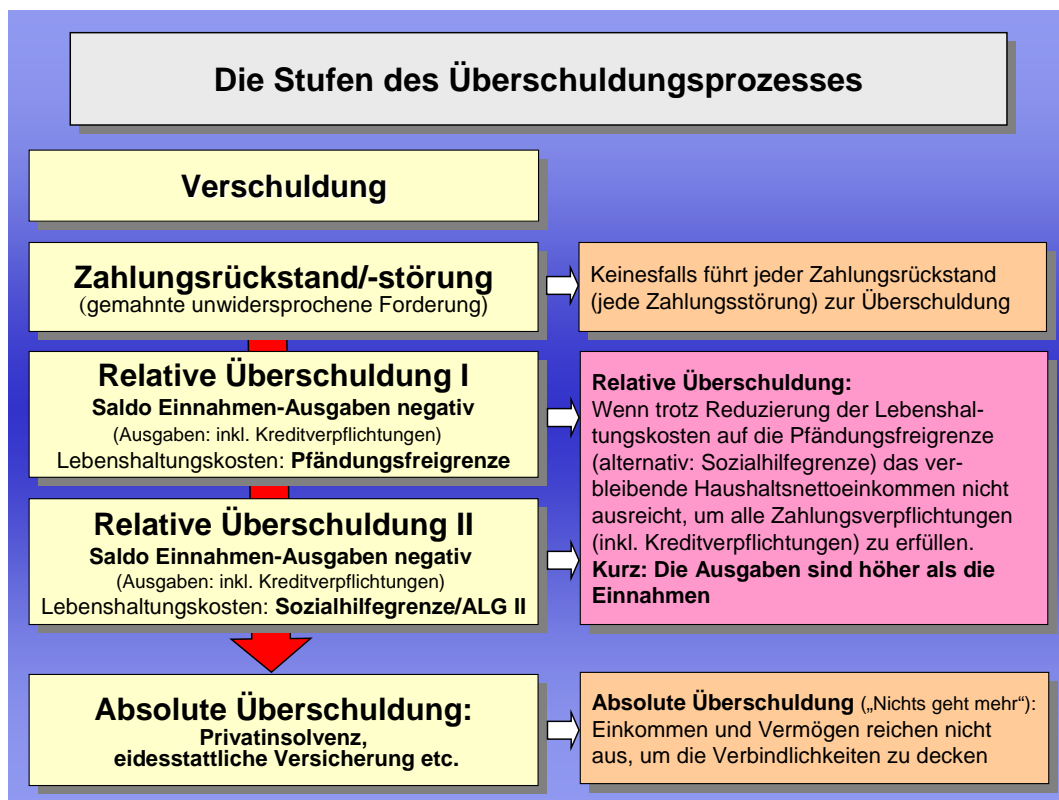
1.3 Die Stufen des Überschuldungsprozesses

In Deutschland fehlt eine offizielle bundesweite repräsentative Datenerhebung, die umfassend den Prozess der privaten Ver- bzw. Überschuldung erfasst.

Für die einzelnen Stufen des Überschuldungsprozesses (vgl. Abb. 1.4) bestehen jedoch repräsentative Datensätze, sodass durch eine Zusammenführung der daraus erzielten empirischen Ergebnisse ein Gesamtbild des Überschuldungsprozesses von Privatpersonen bzw. –haushalten erzielt werden kann.

Abbildung 1.4 zeigt eine Zusammenfassung des Überschuldungsprozesses mit den einzelnen Stufen des Prozesses und deren Definitionen.

Abb. 1.4



Quelle: Eigene Darstellung

Zahlungsrückstand (Datenquelle: SCHUFA Datenpool)

Jede Überschuldung beginnt mit einem **Zahlungsrückstand**, aber keinesfalls bedeutet dies, dass jeder Zahlungsrückstand mit Überschuldung endet. Der Terminus des Zahlungsrückstandes bei Zahlungsverpflichtungen wird präzisiert durch den Terminus des **Zahlungsausfalls (Zahlungsstörung)**, der von der SCHUFA (Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung) wie folgt definiert

wird: Von den Vertragspartnern der SCHUFA fallweise gemeldete offene, ausgemahnte und unbestrittene Forderung.¹⁴

Absolute Überschuldung

(Datenquellen: Statistisches Bundesamt und SCHUFA Datenpool):

Wenn das Einkommen und das Vermögen nicht mehr ausreichen, um alle Verbindlichkeiten zu decken, wenn also quasi „nichts mehr geht“, dann spricht man von **absoluter Überschuldung**. Typische Merkmale dieser Endstufe des Prozesses sind das Vorliegen einer **Verbraucherinsolvenz** oder die Abgabe einer **Eidesstattlichen Versicherung** bzw. das Vorliegen eines Haftbefehles zur Abgabe dieser. Hervorgehoben sei, dass keinesfalls jeder Überschuldungsprozess mit den genannten Merkmalen endet.

Relative Überschuldung

(Datenquelle: Sozioökonomisches Panel (SOEP))

Überschuldung setzt jedoch zweifellos bereits vor der absoluten Überschuldung ein. Man spricht daher in Abgrenzung zu den Endpunkten des Überschuldungsprozesses von **relativer Überschuldung**.

Die „quasi“-offizielle Definition von Überschuldung, die geeignet ist, relative Überschuldung von Haushalten bzw. Personen zu messen und deren Ausmaß zu bestimmen, lautet:¹⁵

Relative Überschuldung eines Haushaltes/einer Wirtschaftsgemeinschaft liegt dann vor, wenn trotz Reduzierung der Lebenshaltungskosten auf die Pfändungsfreigrenze (alternativ: Sozialhilfegrenze) der verbleibende Einkommensrest nicht ausreicht, um alle Zahlungsverpflichtungen aus Schulden zu erfüllen.

Die obige Definition kann natürlich analog für die Personenebene verwendet werden (relative Überschuldung von Personen). Durch die Betrachtung von Ver- bzw. Überschuldung im Haushaltskontext wird berücksichtigt, dass Schulden nicht nur die originär für einen Kredit haftenden Personen betreffen, sondern den gesamten Haushalt.

Da die Pfändungsfreigrenze seit der Neufestsetzung im Jahr 2002 wesentlich über der Sozialhilfegrenze liegt, bestehen große Unterschiede zwischen den gesetzlich zugestandenen Lebenshaltungskosten nach dem Sozialhilfegesetz und der Pfändungsordnung. In der Folge erhalten wir eine geringere Anzahl an überschuldeten Haushalten, wenn das Existenzminimum für die Lebenshaltungs-

¹⁴ Vgl. SCHUFA Holding AG (Hrsg.): Schuldenkompass 2003. Empirische Indikatoren der privaten Ver- und Überschuldung in Deutschland, Wiesbaden 2003, S. 95.

¹⁵ Vgl. Groth, Ulf: Schuldnerberatung. Praktischer Leitfaden für die Sozialarbeit, Frankfurt a. M. und New York 1984, S. 16.

kosten auf den Sozialhilferichtsätzen basiert (**Untergrenze relativer Überschuldung**), als wenn das Existenzminimum mittels der Pfändungsfreigrenzen festgelegt wird (**Obergrenze relativer Überschuldung**).

Die Notwendigkeit der Berechnung von relativer Überschuldung auf der Basis beider Existenzminima besteht vor allem aus zwei Gründen: (1) Personen bzw. Haushalte können im Rahmen von Verschuldung ihre Lebenshaltungskosten auch freiwillig unter das Niveau der Pfändungsfreigrenze reduzieren, um ein Investitionsziel tätigen zu können. (2) Das Einkommen des Haushaltes kann bereits vor der Verschuldung kleiner sein als die dem Haushalt entsprechende Pfändungsfreigrenze.¹⁶ Hervorzuheben ist, dass bei Personen bzw. Haushalten, auf die (1) bzw. (2) zutrifft, der Kreditdienst unter Umständen nicht (voll) pfändbar ist.

Hinsichtlich einer kurzen Diskussion der verwendeten Datenquellen sei auf den Anhang verwiesen (vgl. Kap. 6).

¹⁶ Vgl. hierzu auch die empirischen Analysen von Christa Fricke, Joachim R. Frick, Gert G. Wagner: Sparen und Verschuldung privater Haushalte, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2004, S. 595-602.

Empirische Analysen
zur
Verschuldung und Überschuldung
in
Schleswig-Holstein

2. Absolute Überschuldung von Privatpersonen

Hinsichtlich der absoluten Überschuldung von Privatpersonen bestehen repräsentative Datensätze (Vollerhebungen), die genaue Aussagen zu zentralen Merkmalen der absoluten Überschuldung (Verbraucherinsolvenz, Eidesstattliche Versicherung) ermöglichen. Betont sei, dass durch die genannten Merkmale nur ein sehr wesentlicher Teil der Fälle von absoluter Überschuldung erfasst wird, da nicht jeder Überschuldungsprozess mit einer Verbraucherinsolvenz bzw. der Abgabe einer Eidesstattlichen Versicherung endet.

2.1 Verbraucherinsolvenzen

Seit der Einführung der neuen Insolvenzordnung am 1. Januar 1999 besteht für zahlungsunfähige Privatpersonen (natürliche Personen) die Möglichkeit, ein vereinfachtes Insolvenzverfahren zu beantragen, um nach einer „Wohlverhaltensphase“ eine Restschuldbefreiung zu erlangen.

Angemerkt sei, dass auch natürliche Personen, deren Zahlungsunfähigkeit vor allem auf das Scheitern ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit zurückzuführen ist und deren Verhältnisse überschaubar sind, bei Gericht einen Antrag auf Restschuldbefreiung nach dem vereinfachten Insolvenzverfahren stellen können. Die folgenden Ausführungen zu Verbraucherinsolvenzen betreffen nur natürliche Personen im engeren Sinne (ohne ehemals Selbständige etc.).

2.1.1 Die bundesweite Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen

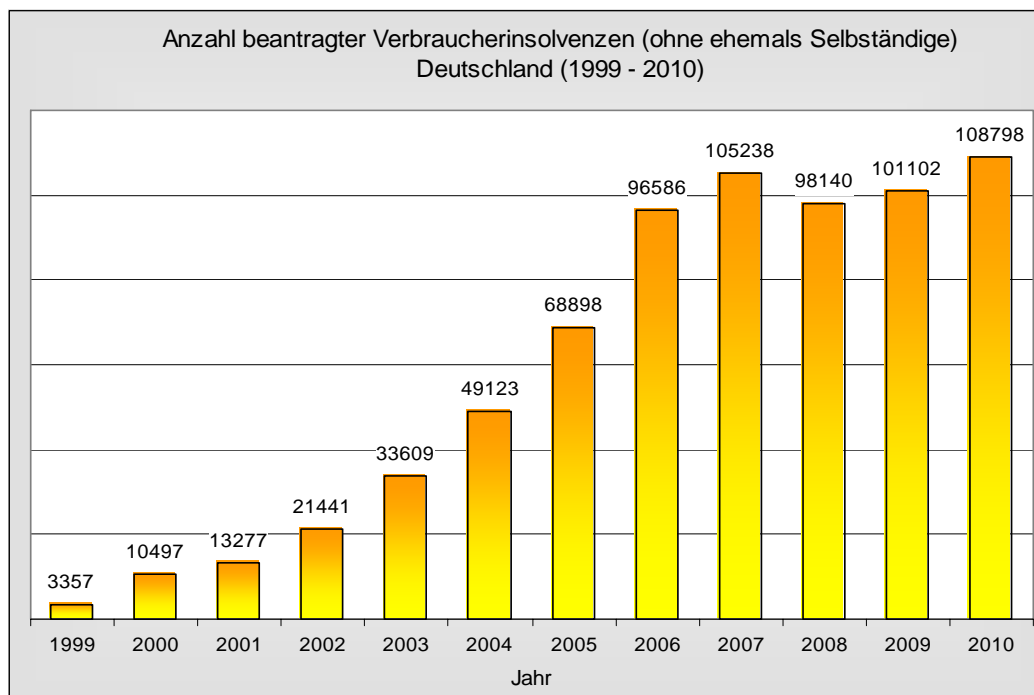
2010 neuer Höchstwert:

rd. 109 Tsd.

Verbraucherinsolvenzen bundesweit

Abb. 2.1 zeigt die sehr rasche Zunahme der jährlich beantragten Verbraucherinsolvenzverfahren (Anzahl der Verfahren insgesamt: eröffnete und mangels Masse abgewiesene Verfahren sowie Verfahren mit angenommenem Schuldenbereinigungsplan, ohne ehemals Selbständige), die 2010 mit 108.798 Verfahren einen neuen Höchststand erreichten.

Abb. 2.1



Quelle: Datenbasis: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 2, Reihe 4.1; eigene Darstellung.

**2010 Rückgang der Unternehmensinsolvenzen
und starker Anstieg bei Verbraucherinsolvenzen**

Während 2010 in Deutschland 2,1 Prozent weniger Unternehmensinsolvenzen im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen waren, nahmen die beantragten Verbraucherinsolvenzen um 7,6 Prozent zu.¹⁷ Die nach dem Krisenjahr 2009 einsetzende starke Erholung der deutschen Wirtschaft in 2010 zeigte also nur hinsichtlich der Unternehmensinsolvenzen positive Effekte.

**Mehr als 710 Tsd.
Verbraucherinsolvenzen
bundesweit seit 1999**

Bundesweit haben seit 1999 mehr als 710 Tsd. Personen (ohne ehemals Selbständige) einen Verbraucherinsolvenzantrag gestellt. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob die jährliche Gesamtzahl der Verbraucherinsolvenzen weiter zunimmt oder wieder auf das Niveau der Jahre 2008/2009 zurückgeht.

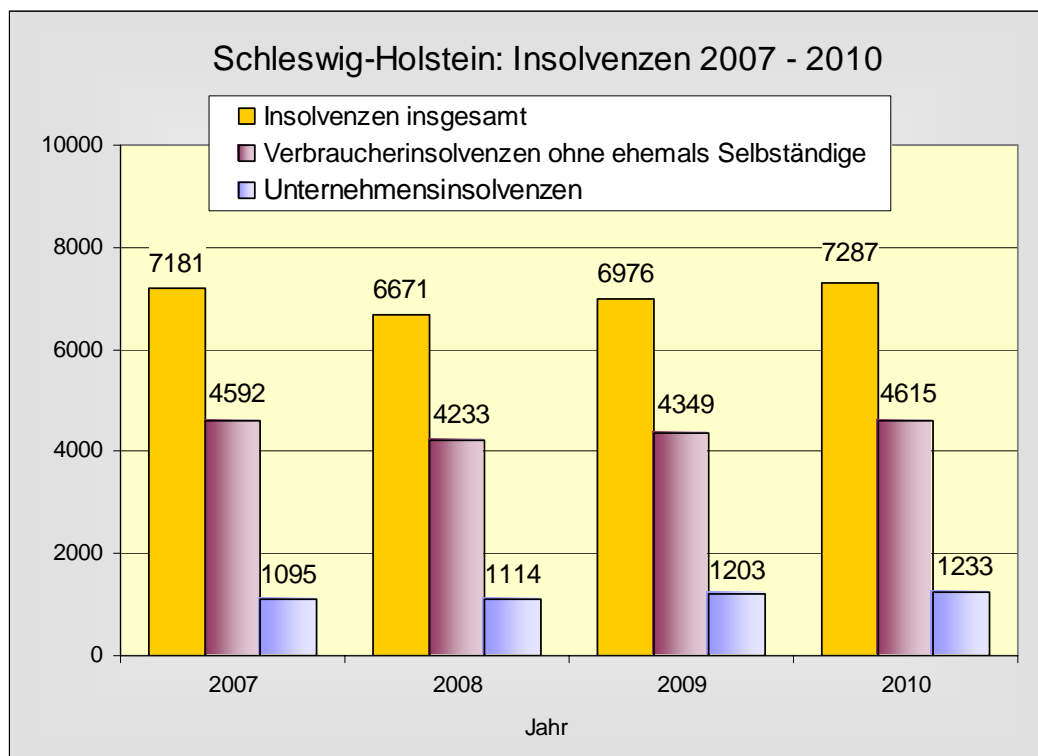
¹⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 2, Reihe 4.1, Unternehmen und Arbeitsstätten: Insolvenzverfahren, Monatsheft Dezember und Jahr 2010, Wiesbaden 2011, S. 14.

2.1.2 Verbraucherinsolvenzen in Schleswig-Holstein auf sehr hohem Niveau

**2010 neuer Höchstwert:
4.615
Verbraucherinsolvenzen**

Von den 108.798 bundesweit eingebrachten Verbraucherinsolvenzen des Jahres 2010 (ohne ehemals Selbständige) entfielen auf Schleswig-Holstein 4615 Verfahren. Gegenüber dem Jahr 2009 war dies eine Zunahme um 6,1 Prozent, und gleichzeitig wurde damit ein neuer Höchstwert erreicht (vgl. Abb. 2.2).

Abb. 2.2



Quelle: Datenbasis: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 2, Reihe 4.1; eigene Darstellung.

**2010: Verbraucherinsolvenzen weiterhin
auf sehr hohem Niveau;
Zunahme 2010 geringer als Bundesdurchschnitt**

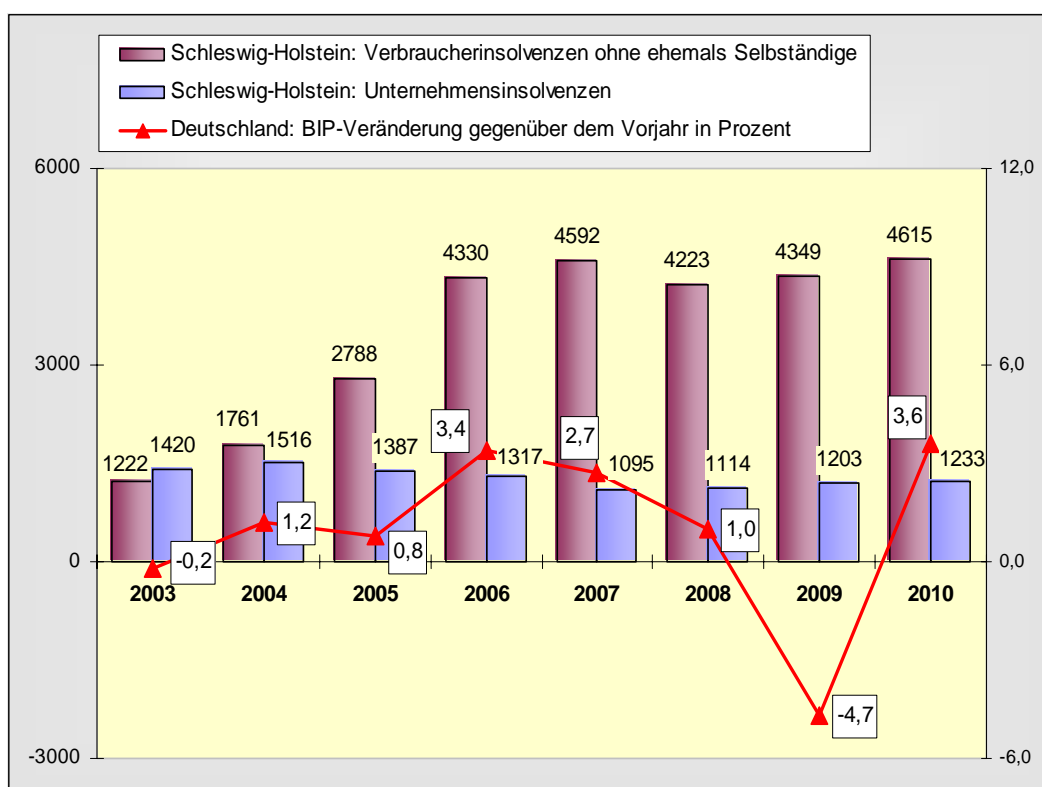
Mit dem oben angeführten Anstieg der Verbraucherinsolvenzen um 6,1 Prozent von 2009 auf 2010 lag die Zunahme in Schleswig-Holstein unter dem Bundesdurchschnitt von 7,6 Prozent (vgl. hierzu Abb. 2.4). Allerdings liegt grundsätzlich das Niveau bzw. die Verbreitungsdichte der Verbraucherinsolvenzen, das heißt die Anzahl der Verbraucherinsolvenzen je 100.000 volljähriger Personen, in

Schleswig-Holstein sehr hoch und auch weit über dem Bundesdurchschnitt (vgl. Kap. 2.1.3, Abb. 2.6). Der Anteil der Verbraucherinsolvenzen an allen Insolvenzen lag in den Jahren 2007 bis 2010 bei rd. 63 Prozent (vgl. Abb. 2.2).

Verbraucherinsolvenzen auf hohem Niveau trotz wirtschaftlichem Aufschwung 2006, 2007 und 2010

Die Entwicklung der Anzahl der jährlich eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren in Schleswig-Holstein zeigt eine sehr rasche Zunahme bis zum Jahr 2006, die natürlich nicht nur die konjunkturelle Entwicklung widerspiegelt, sondern vor allem im Zusammenhang mit gesetzlichen Änderungen der Insolvenzordnung (Stundung der Verfahrenskosten etc.) zu sehen ist (vgl. Abb. 2.3). Ab dem Jahr 2006 befinden sich die jährlich neu eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren auf einem sehr hohen Niveau (vgl. Abb. 2.3 sowie Kap. 2.1.3).

Abb. 2.3 **Entwicklung der Verbraucher- und Unternehmensinsolvenzen in Schleswig-Holstein von 2003 bis 2010**



Quelle: Eigene Darstellung;
 Datenbasis Insolvenzen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 2, Reihe 4.1;
 Datenbasis BIP-Entwicklung: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Pressemitteilung Nr. 010 vom 12.01.2011.

Die Anzahl der Verbraucherinsolvenzen von 2006 wurde in den Folgejahren nur 2008 unterschritten, das heißt, dass der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland (gemessen am Bruttoinlandprodukt BIP) der Jahre 2006 (BIP: + 3,4 Prozent) und 2007 (BIP: + 2,7 Prozent) sehr verzögert erst 2008 bei den Verbrauchern in Schleswig-Holstein ankam (Verbraucherinsolvenzen: -8 Prozent), als sich die Konjunktur insgesamt bereits wieder abschwächte (vgl. Abb. 2.3). Dies ist auch für das Jahr 2010 zu beobachten: Trotz des starken Wachstums der deutschen Wirtschaft (BIP: + 3,6 Prozent) nahmen die Verbraucherinsolvenzen zu und eine leichte Entspannung dürfte erst in der wirtschaftlichen Abschwungphase von 2011 zu verzeichnen sein. Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigen, dass das starke Wirtschaftswachstum in Deutschland von 2010 (aber ebenso der Jahre 2006 und 2007) sich nicht in den realen Nettolöhnen der meisten Erwerbstätigen niederschlug, das heißt, dass diese nicht bzw. kaum gestiegen sind.¹⁸ Gleichzeitig stützte wie in Kap. 1.1 erwähnt der private Konsum im Krisenjahr 2009 die Märkte (animiert durch staatliche Konjunkturpakete, „Abwrackprämie“ etc.), wobei dieser zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) anti-zyklische Konsum durch zahlreiche neue Ratenkredite finanziert wurde (+10 Prozent mehr neue Ratenkredite 2009 im Vergleich zu 2008¹⁹).

***Summe der voraussichtlichen Forderungen aus
Verbraucherinsolvenzen 2010 in Schleswig-Holstein
rd. 248 Millionen Euro***

Die voraussichtlichen Gesamtforderungen der Gläubiger aus den Verbraucherinsolvenzen 2010 (ohne ehemals Selbständige) in Schleswig-Holstein betragen 248,155 Millionen Euro. Das ergibt je Fall eine durchschnittliche Forderungshöhe von rd. 54 Tsd. Euro. Bundesweit belaufen sich die Forderungen aus Verbraucherinsolvenzen des Jahres 2010 auf insgesamt 6,3 Mrd. Euro (durchschnittliche Forderungshöhe je Fall: rd. 58 Tsd. Euro).²⁰ In welcher Höhe die Schuldner in der Lage sind, Rückzahlungen an ihre Gläubiger zu leisten, kann erst zu einem späteren Zeitpunkt ermittelt werden. Frühere Auswertungen legen jedoch nahe, dass die Quote unter 10 Prozent betragen wird.²¹

¹⁸ Vgl. Brenke, Karl: Reallöhne in Deutschland über mehrere Jahre rückläufig, in: Wochenbericht des DIW Nr. 33, Berlin 2009.

Vgl. Roth, Eva: Gehälter sinken im Aufschwung, in: Berliner Zeitung vom 19. Juli 2011, S. 1.

¹⁹ Vgl. SCHUFA Holding AG (Hrsg.): SCHUFA Kredit-Kompass 2010. Empirische Indikatoren der privaten Kreditaufnahme in Deutschland, Wiesbaden 2010, S. 35.

²⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 2, Reihe 4.1, Unternehmen und Arbeitsstätten: Insolvenzverfahren, Monatsheft Dezember und Jahr 2010, Wiesbaden 2011, S. 14.

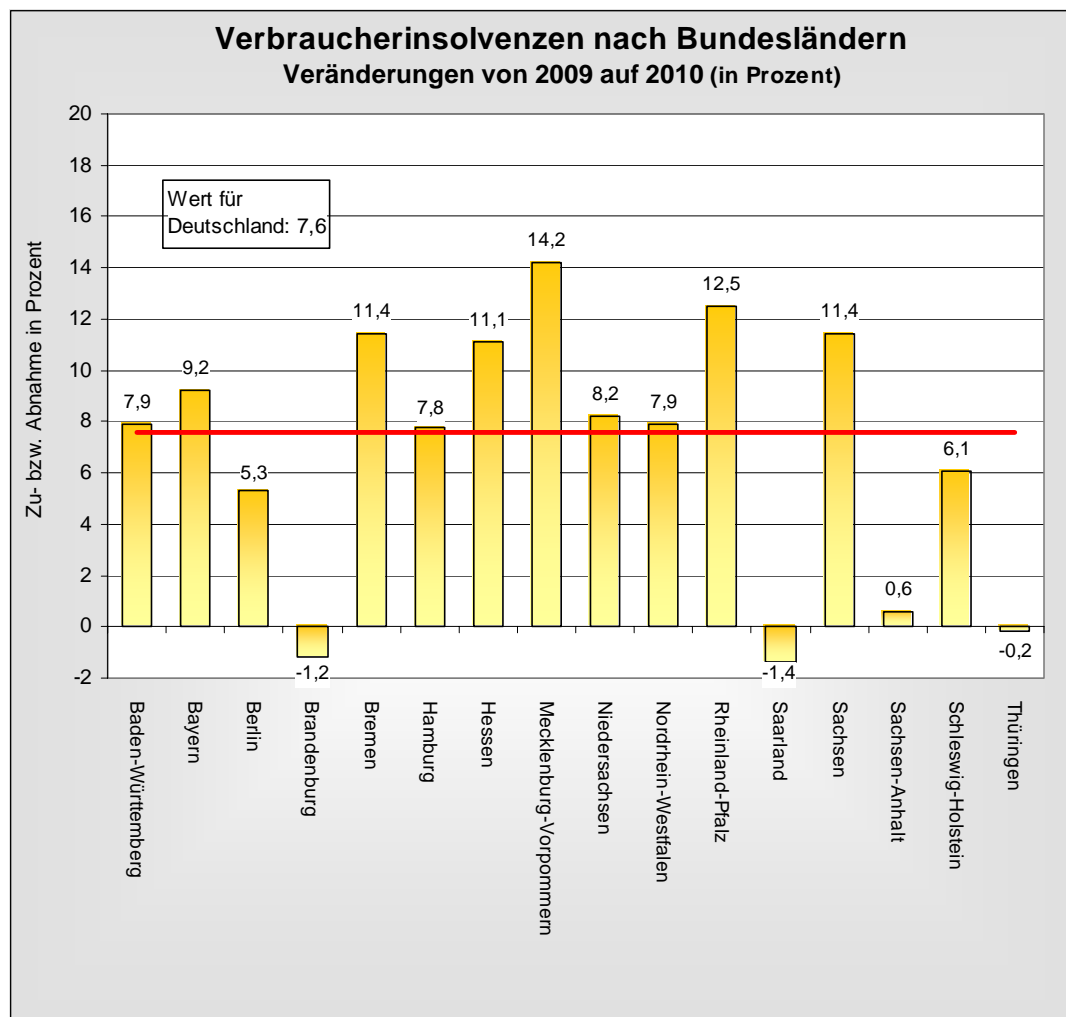
²¹ Vgl. Statistisches Bundesamt: Auswertung Schuldnerberaterdaten, in: SCHUFA Holding AG (Hrsg.): Schuldenkompass 2008. Empirische Indikatoren der privaten Ver- und Überschuldung in Deutschland, Wiesbaden 2008, S. 107.

2.1.3 Schleswig-Holstein im Bundesländervergleich

Betrachtet man die Anzahl der Verbraucherinsolvenzen der Bundesländer im Jahr 2010, so zeigt sich, dass in fast allen Ländern ausgenommen Brandenburg, Saarland und Thüringen die Verbraucherinsolvenzen im Vergleich zum Vorjahr zugenommen haben (vgl. Abb. 2.4).

*Schleswig-Holstein 2010:
Anstieg der Verbraucherinsolvenzen
unter dem Bundesdurchschnitt*

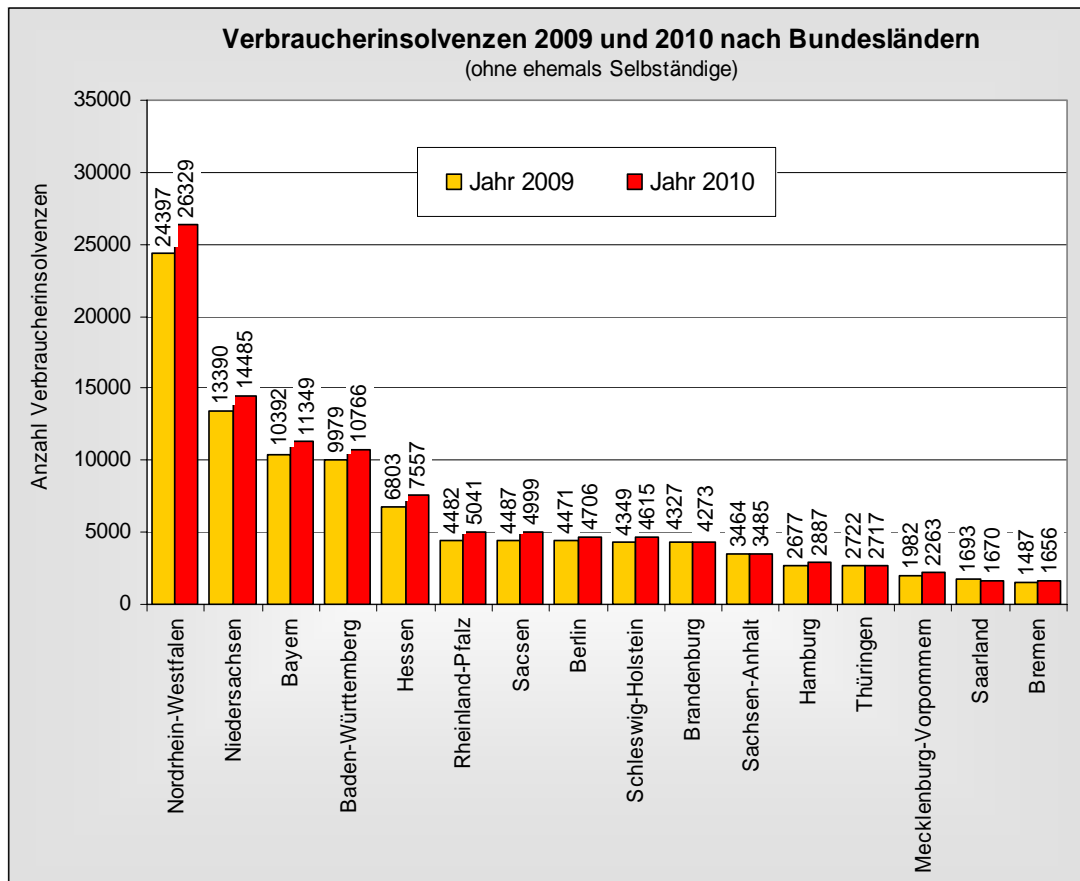
Abb. 2.4



Quelle: Datenbasis: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 2, Reihe 4.1;
Eigene Darstellung.

Die Zunahme der Verbraucherinsolvenzen (ohne ehemals Selbständige) 2010 im Vergleich zum Jahr 2009 liegt in Schleswig-Holstein mit 6,1 Prozent wie erwähnt unter dem Bundesdurchschnitt. Die höchsten Zuwächse haben Mecklenburg-Vorpommern (14,2 Prozent) und Rheinland-Pfalz (12,5 Prozent) zu verzeichnen.

Abb. 2.5



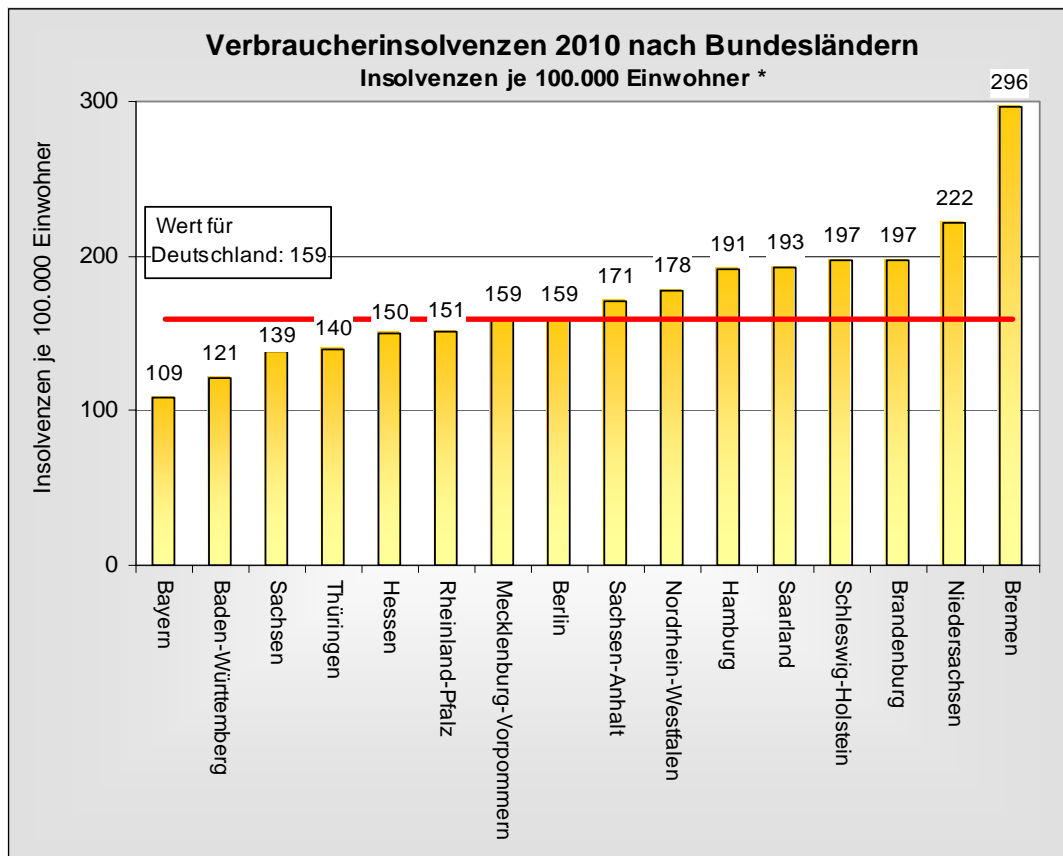
Quelle: Datenbasis: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 2, Reihe 4.1;
 Eigene Darstellung.

Hinsichtlich der absoluten Anzahl der Verbraucherinsolvenzen (ohne ehemals Selbständige) weist Nordrhein-Westfalen (26329) im Jahr 2010 mit Abstand die höchste Anzahl im Vergleich der Bundesländer aus (vgl. Abb. 2.5), gefolgt von Niedersachsen (14485) und Bayern (11394). Die geringste Anzahl an neu eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren 2010 hat Bremen (1656). Schleswig-Holstein liegt mit 4615 eröffneten Verfahren im Mittelfeld, wenn man nur die absoluten Zahlen der eröffneten Verfahren betrachtet. Wie können diese Werte eingeordnet werden? Sind rd. 26 Tsd. Verbraucherinsolvenzen pro Jahr für

Nordrhein-Westfalen viel und rd. 1660 für Bremen wenig? Müssen die Schuldner in Bremen auf Grund der kleinsten Absolutzahl den Weg zum Insolvenzgericht seltener antreten als die Schuldner aus Schleswig-Holstein? Die absoluten Insolvenzzahlen können dazu keine Informationen bieten. Es ist daher notwendig, die Absolutzahlen in Beziehung zu den Einwohnerzahlen der Länder zu setzen. Gemessen an der Bevölkerung ab 18 Jahren (volljährige Personen) zeigt die nun gewonnene relative Anzahl der Verbraucherinsolvenzen eine völlige andere Verteilung (vgl. Abb. 2.6).

**Verbraucherinsolvenzen
 je 100.000 Einwohner (volljährige Personen)
 in Schleswig-Holstein auf sehr hohem Niveau**

Abb. 2.6



Quelle: Datenbasis: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 2, Reihe 4.1;
 Eigene Berechnungen und eigene Darstellung.

*) Gesamtbevölkerung über 18 Jahren (18 Jahre und älter); Stand: 31. Dezember 2009.

**Schleswig-Holstein 2010:
Anzahl der Verbraucherinsolvenzen je 100.000 Einwohner
eine der höchsten in Deutschland**

Im Jahr 2010 kamen bundesweit auf 100.000 Erwachsene (volljährige Personen ab 18 Jahren) 159 Verbraucherinsolvenzen (Verfahren insgesamt ohne ehemals Selbständige). Schleswig-Holstein (197) liegt weit über dem angeführten Bundesdurchschnitt und hat einen der höchsten Anteile an Verbraucherinsolvenzen je 100.000 Erwachsene in Deutschland. Im Vergleich mit Bayern (109) müssen in Schleswig-Holstein die Schuldner fast doppelt so häufig den Weg zum Insolvenzgericht antreten (vgl. Abb. 2.6). Weiterhin hat sich diesbezüglich die Position Schleswig-Holsteins in den letzten Jahren verschlechtert.

**Schleswig-Holstein:
Immer mehr Verbraucherinsolvenzen je
100.000 Einwohner**

Mussten im Jahr 2008 in Schleswig-Holstein von je 100 Tsd. Erwachsenen (Personen ab 18 Jahren) 181 Personen einen Antrag auf Verbraucherinsolvenz stellen, so stieg diese Anzahl 2009 auf 186 Anträge und erhöhte sich weiter im Jahr 2010 auf 197 Anträge je 100 Tsd. Erwachsene.

**Zunehmende Polarisierung zwischen den Bundesländern
hinsichtlich der Verbreitung von Verbraucherinsolvenzen**

Grundsätzlich ist eine Polarisierung zwischen den Bundesländern hinsichtlich des Anteils der Verbraucherinsolvenzen je 100 Tsd. volljähriger Personen zu beobachten. Waren im Jahr 2008 die Verbraucherinsolvenzen je 100 Tsd. (volljähriger) Personen in Bremen, dem Bundesland mit dem höchsten Anteil an Verbraucherinsolvenzen, noch 2,3-mal so hoch wie in Bayern, so betrug der Anteil 2010 bereits das 2,7-fache. Auch Schleswig-Holstein hat sich in diesem Zeitraum gegenüber Bayern, dem Bundesland mit der geringsten Verbraucherinsolvenzhäufigkeit, geringfügig verschlechtert: 2008 betrug der Wert in Schleswig-Holstein das 1,76-fache von Bayern und 2010 war die 1,8-fache Anzahl von Verbraucherinsolvenzen je 100 Tsd. (volljähriger) Personen zu verzeichnen.

Neben der Verbraucherinsolvenz ist die Abgabe einer Eidesstattlichen Versicherung ein weiteres zentrales Merkmal von Zahlungsunfähigkeit bzw. absoluter Überschuldung. Zu beiden Merkmalen bestehen Auswertungen der SCHUFA, die die obigen Ausführungen ergänzen.

2.2 Absolute Überschuldung: Zahlungsunfähige Personen mit den Merkmalen Verbraucherinsolvenz und/oder Eidesstattliche Versicherung

2.2.1 Verbraucherinsolvenz und Eidesstattliche Versicherung: Zentrale Merkmale der absoluten Überschuldung / Zahlungsunfähigkeit

Neben der Verbraucherinsolvenz ist die Eidesstattliche Versicherung ein weiteres sehr zentrales Merkmal für absolute Überschuldung.

Die Insolvenzordnung kennt für natürliche Personen den Begriff der Überschuldung nicht, sondern der Gesetzgeber spricht von Zahlungsunfähigkeit (§17 Abs. 1 InsO) bzw. von drohender Zahlungsunfähigkeit (§18 Abs. 1 InsO), die laut Insolvenzordnung die Voraussetzung für die Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens darstellen. Die Abgabe einer Eidesstattlichen Versicherung steht in engem Zusammenhang mit Zahlungsunfähigkeit bzw. dem Nachweis von Zahlungsunfähigkeit. Eidesstattliche Versicherung (EV) und Privatinsolvenz (Verbraucherinsolvenz) sind „Endpunkte“ eines Überschuldungsprozesses, die juristisch die Zahlungsunfähigkeit bedeuten bzw. absolute Überschuldung in der Terminologie des dargestellten Überschuldungsprozesses (vgl. Kap. 1.2).

Verbraucherinsolvenzen und Eidesstattliche Versicherungen bilden die Untergrenze des Ausmaßes absoluter Überschuldung

Hervorgehoben sei nochmals, dass keinesfalls jeder Überschuldungsprozess mit den Merkmalen Verbraucherinsolvenz bzw. Eidesstattlicher Versicherung endet. Durch die beiden Merkmale (insbesondere durch Eidesstattliche Versicherung) wird jedoch – wie zu Beginn dieses Kapitels bereits erwähnt – ein sehr wesentlicher Teil der Fälle von absoluter Überschuldung erfasst. Die im Folgenden aufgezeigten Ergebnisse zur Anzahl von Schuldner, die mindestens eines der beiden Merkmale aufweisen, stellen also immer Untergrenzen von absoluter Überschuldung dar.

Absolute Überschuldungsfälle im SCHUFA-Datenpool

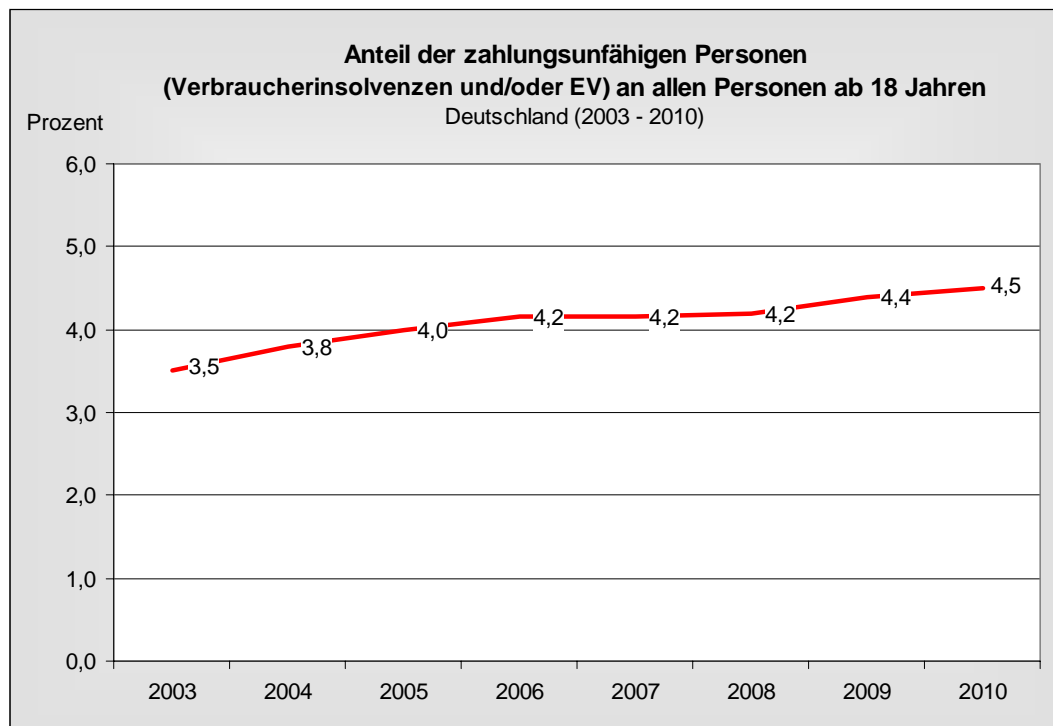
Die von der SCHUFA zu einer volljährigen Person gespeicherten Informationen werden unterschieden nach positiven und negativen Merkmalen. Darunter bilden Verbraucherinsolvenz, Eidesstattliche Versicherung (EV) und Haftbefehl zur Abgabe einer EV die so genannten „harten“ Negativmerkmale. Die Daten zu diesen „harten“ Negativmerkmalen entstammen öffentlichen Schuldnerverzeichnissen (Vollerhebung für den SCHUFA-Datenpool). Auswertungen und repräsentative Analysen hierzu werden in den jährlichen Veröffentlichungen der SCHUFA angeboten, wodurch die Erkenntnisse aus der Insolvenzstatistik des Statistischen Bundesamtes erweitert und ergänzt werden können.

2.2.2 Absolute Überschuldung: Das bundesweite Ausmaß zahlungsunfähiger Personen (Verbraucherinsolvenz und/oder EV)

**Deutschland 2010:
3,1 Millionen Personen ab 18 Jahren
absolut überschuldet**

Im Jahr 2010 waren 4,5 Prozent aller Personen ab 18 Jahren (18 Jahre und älter) in Deutschland zahlungsunfähig (absolut überschuldet). Das heißt, dass bei rd. 3,1 Millionen Schuldnern eine (aktuelle) Eidesstattliche Versicherung (EV) und/oder ein laufendes Verbraucherinsolvenzverfahren bestanden.

Abb. 2.7



Quelle: Datenbasis: SCHUFA Holding AG (Hrsg.): Schulden-Kompass lfd. Jahrgänge und Kredit-Kompass 2011; eigene Darstellung.

**Immer mehr Personen ab 18 Jahren
in absoluter Überschuldung**

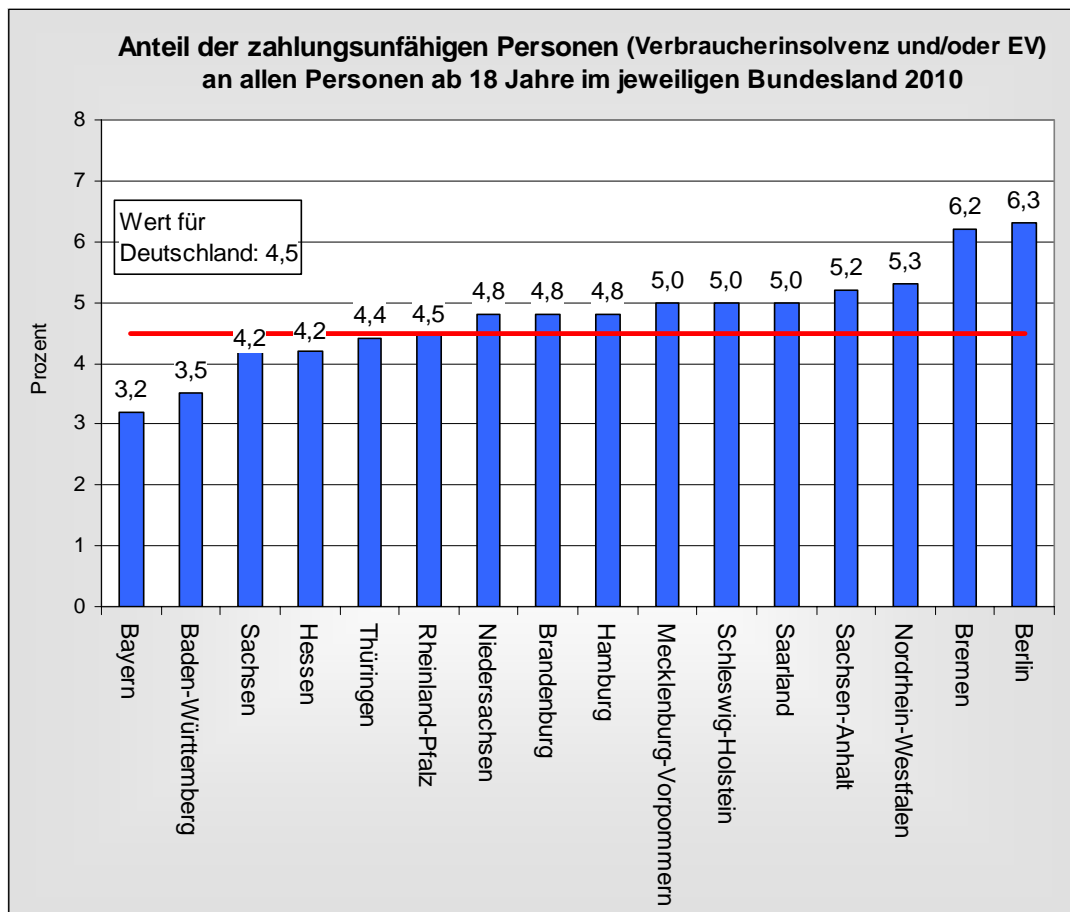
Abb. 2.7 zeigt die bundesweite Entwicklung der letzten acht Jahre des Anteils volljähriger zahlungsunfähiger (absolut überschuldeter) Personen (Verbraucherinsolvenz und/oder EV). Von 2003 bis 2010 hat sich dieser Anteil um mehr als ein Viertel erhöht (28,6 Prozent). In absoluten Zahlen bedeutet dies: Die Anzahl der absolut überschuldeten (zahlungsunfähigen) volljährigen Personen stieg von rd. 2,4 Mio. im Jahr 2003 auf 3,1 Mio. im Jahr 2010 an.

2.2.3 Absolute Überschuldung in Schleswig-Holstein: Kontinuierliche Zunahme zahlungsunfähiger Personen

Abb. 2.8 zeigt die Anteile der zahlungsunfähigen (absolut überschuldeten) volljährigen Personen (18 Jahre und älter) für das Jahr 2010 auf Länderebene, das heißt volljährige Personen, die belastet waren durch eine laufende Verbraucherinsolvenz und/oder eine (aktuelle) EV bzw. einen Haftbefehl zur Abgabe der EV.

*2010 Schleswig-Holstein:
Rd. 117Tsd. Personen ab 18 Jahren absolut
überschuldet*

Abb. 2.8



Quelle: Datenbasis: SCHUFA Holding AG: Sonderauswertung²² für dieses Gutachten vom 19.08.2011;
Eigene Darstellung.

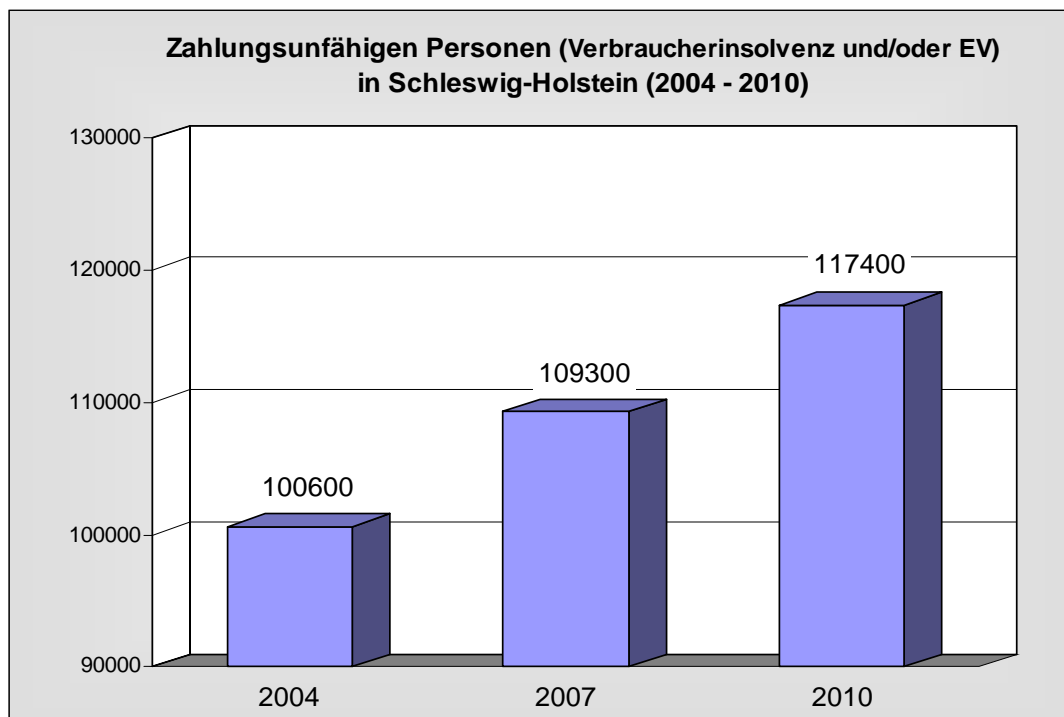
²² Für die Sonderauswertung und die Zurverfügungstellung der Daten danke ich herzlich der SCHUFA Holding AG insbesondere den Herren Dr. Dogan Argac und Sven Albrecht für ihre freundliche Unterstützung.

Im Jahr 2010 waren in Schleswig-Holstein 5,0 Prozent aller natürlichen Personen, die 18 Jahre und älter waren, zahlungsunfähig, da sie eine laufende Verbraucherinsolvenz und/oder eine aktuelle EV vorliegen hatten. Diese rd. 117.400 Schuldner sind absolut überschuldet. Hinzu kommen absolut überschuldete Personen, die eine außergerichtliche Einigung herbeiführen konnten und keine Eidesstattliche Versicherung abgelegt haben etc., so dass die angeführte Zahl von **117,4 Tsd. Personen eine Untergrenze der absolut überschuldeten Personen in Schleswig-Holstein** darstellt.

Hervorgehoben sei, dass mit einem Anteil von 5,0 Prozent zahlungsunfähiger (absolut überschuldeter) Personen Schleswig-Holstein deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 4,5 Prozent liegt (vgl. Abb. 2.8).

*Kontinuierliche Zunahme
der absolut überschuldeten Personen
in Schleswig-Holstein*

Abb. 2.9



Quelle: Datenbasis: SCHUFA Holding AG (Hrsg.): Schulden-Kompass 2005 und 2008 sowie Sonderauswertung²³ für dieses Gutachten vom 19.08.2011; Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Lfd. Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; Eigene Berechnungen und eigene Darstellung.

²³ Für die Sonderauswertung und die Zurverfügungstellung der Daten danke ich herzlich der SCHUFA Holding AG insbesondere den Herren Dr. Dogan Argac und Sven Albrecht für ihre freundliche Unterstützung.

Weiterhin ist zu beobachten, dass die Anzahl der zahlungsunfähigen (absolut überschuldeten) volljährigen Personen in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen hat. Waren 2004 noch rd. 100.600 Personen zahlungsunfähig (absolut überschuldet), so stieg diese Anzahl auf 117.400 Personen im Jahr 2010 (vgl. Abb. 2.9). Dies ist eine Zunahme um fast 17 Prozent.

3. Privatpersonen mit Zahlungsproblemen

Im vorangegangenen Kapitel wurde das Ausmaß der absoluten Überschuldung diskutiert. Absolute Überschuldung stellt wie erwähnt den Endpunkt eines Überschuldungsprozesses dar, der lange davor begonnen hat.

Nun soll der Blick erweitert werden auf alle natürlichen Personen (18 Jahre und älter) mit Zahlungsproblemen. Der bundesweit größten Datenbestand hierzu (Informationen zu rd. 66,2 Millionen volljährigen Personen²⁴) besteht bei der SCHUFA. Vorab muss der Begriff Zahlungsproblem jedoch noch präzisiert werden.

3.1 Zahlungsausfälle und andere Negativmerkmale

Die SCHUFA bezeichnet die nicht vertragsgemäße Erfüllung einer Zahlung als Negativmerkmal und unterscheidet „weiche“ und „harte“ Negativmerkmale. Wie erwähnt wird das Bestehen einer Verbraucherinsolvenz, einer Eidesstattlichen Versicherung (EV) oder eines Haftbefehls zur Abgabe einer EV als „hartes“ Negativmerkmal definiert. Als „weiches“ Negativmerkmal wird ein Zahlungsausfall bezeichnet, das heißt eine offene, ausreichend gemahnte und unbestrittene Forderung.²⁵

Am Anfang jeder eingetretenen Überschuldung steht ein Zahlungsausfall, aber keinesfalls muss jeder Zahlungsausfall zur Überschuldung führen. Personen mit nur „weichen“ Negativmerkmalen dürfen also nicht mit überschuldeten Personen gleichgesetzt werden.

Personen mit Zahlungsproblemen sind Schuldner mit mindestens einem Negativmerkmal. Das heißt, sie haben mindestens ein weiches und/oder mindestens ein hartes Negativmerkmal. Hervorgehoben sei nochmals, dass keinesfalls alle Personen mit Zahlungsproblemen überschuldet sind. Die überschuldeten Personen bilden nur eine Teilmenge davon.

²⁴ Vgl. SCHUFA Holding AG (Hrsg.): SCHUFA Kredit-Kompass 2011. Empirische Indikatoren der privaten Kreditaufnahme in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 5.

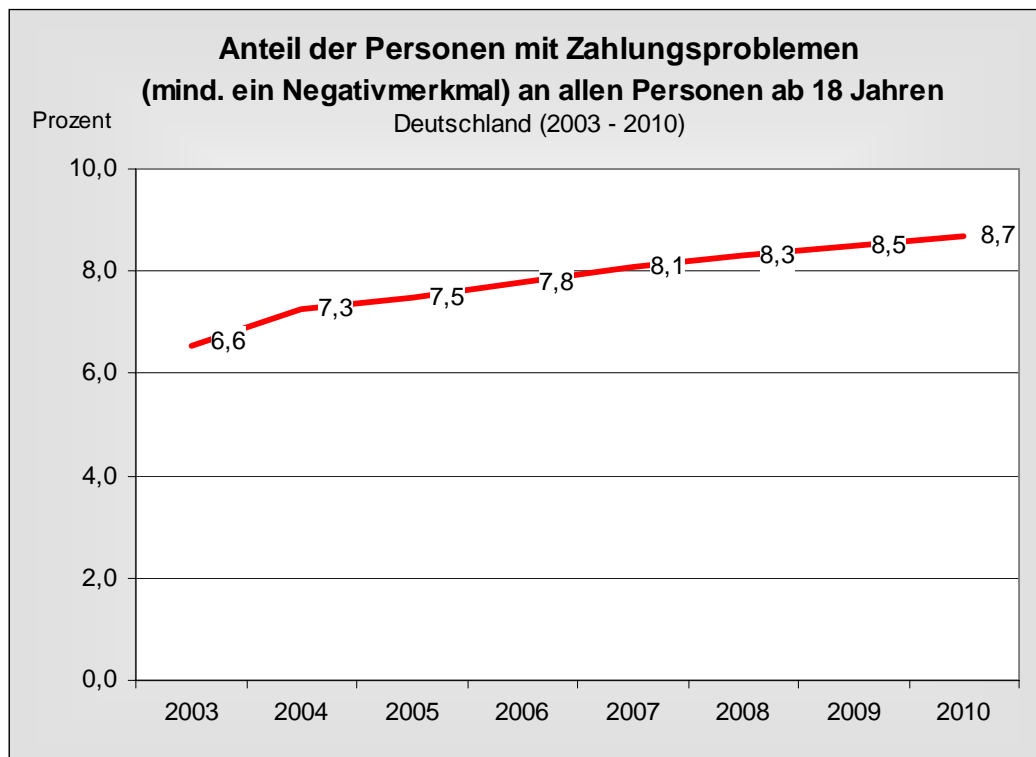
²⁵ Vgl. SCHUFA Holding AG (Hrsg.): Schuldenkompass 2003. Empirische Indikatoren der privaten Ver- und Überschuldung in Deutschland, Wiesbaden 2003, S. 95.

3.2 Die bundesweite Entwicklung: Hohe Zuwächse bei den Privatpersonen mit Zahlungsproblemen

**2010: Bundesweit fast 6 Millionen
Personen ab 18 Jahren
mit Zahlungsproblemen**

Im Jahr 2010 hatten 8,7 Prozent aller volljährigen Personen (Personen ab 18 Jahren und älter) Zahlungsprobleme, das heißt, dass mindestens ein Negativmerkmal bei ihnen vorliegt. Entsprechend waren 2010 in Deutschland rd. 5,95 Millionen volljährige Personen davon betroffen.

Abb. 3.1



Quelle: Datenbasis: SCHUFA Holding AG (Hrsg.): Schulden-Kompass lfd. Jahrgänge und Kredit-Kompass 2011; eigene Darstellung.

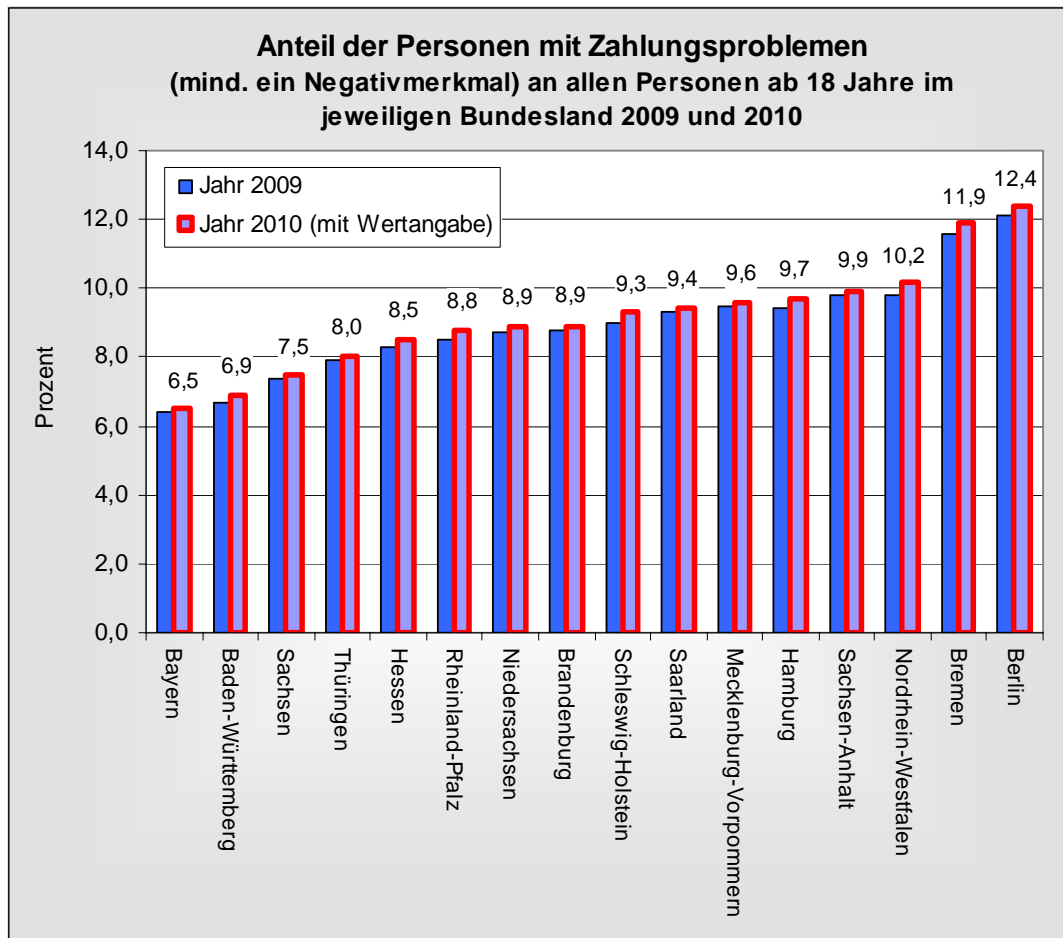
**Kontinuierliche Zunahme
von Personen mit Zahlungsproblemen**

Abb. 3.1 zeigt, dass der Anteil der volljährigen (natürlichen) Personen, die von Zahlungsproblemen betroffen sind, kontinuierlich zugenommen hat. Ihr Anteil wuchs von 6,6 Prozent im Jahr 2003 auf 8,7 Prozent im Jahr 2010. In absoluten

Zahlen bedeutet dies, dass die **Anzahl der volljährigen Personen mit Zahlungsproblemen von 4,45 Mio. im Jahr 2003 auf 5,95 Mio. im Jahr 2010** anwuchs, das heißt, dass sich die bundesweite Anzahl der Privatpersonen mit Zahlungsproblemen seit 2003 um ein Drittel erhöht hat.

*Zahlungsprobleme haben
 2010
 in allen Bundesländern zugenommen*

Abb. 3.2



Quelle: Datenbasis: SCHUFA Holding AG (Hrsg.): Kredit-Kompass 2010 und 2011;
 Eigene Darstellung.

Trotz des wirtschaftlichen starken Aufschwungs in Deutschland im Jahr 2010 mit einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 3,6 Prozent²⁶ zum

²⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Pressemitteilung Nr. 010 vom 12.01.2011.

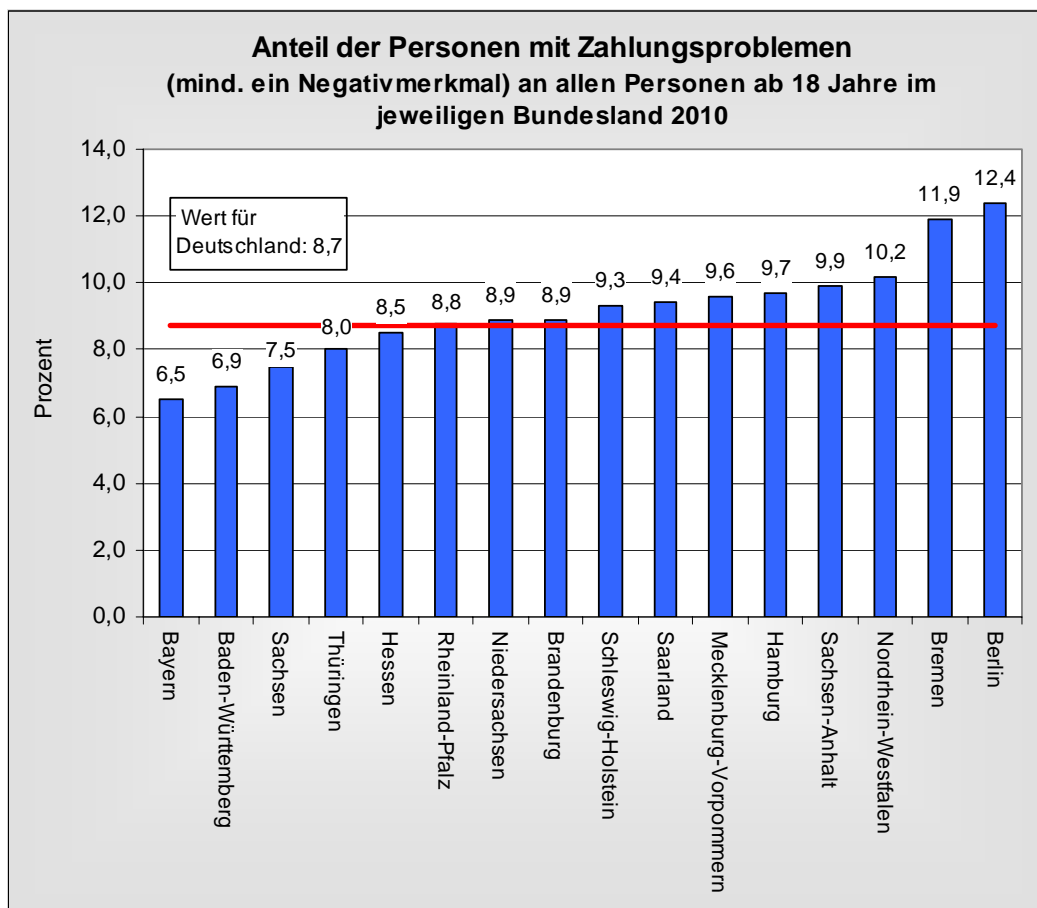
Vorjahr (dem höchsten Wirtschaftswachstum seit der Wiedervereinigung) haben die Zahlungsprobleme der privaten Kreditnehmer in allen Bundesländern zugenommen (vgl. Abb. 3.2).

Bundesweit waren 2010 im Vergleich zum Vorjahr rd. 150 Tsd. mehr (volljährige) Personen mit Zahlungsproblemen belastet.

3.3 Schleswig-Holstein: Kontinuierliche Zunahme der Privatpersonen mit Zahlungsproblemen

2010: Rd. 218 Tsd.
Personen mit Zahlungsproblemen
in Schleswig-Holstein

Abb. 3.3



Quelle: Datenbasis: SCHUFA Holding AG (Hrsg.): Kredit-Kompass 2011; eigene Darstellung.

Im Jahr 2010 waren in Schleswig-Holstein 9,3 Prozent aller volljährigen Personen mit Zahlungsproblemen behaftet, das heißt, dass diese Personen durch mindestens ein Negativmerkmal (Zahlungsausfall, Verbraucherinsolvenz, Eidesstattliche Versicherung etc.) belastet waren (vgl. Abb. 3.3). **Dies bedeutet, dass im Jahr 2010 in Schleswig-Holstein rd. 218.400 volljährige Personen (18 Jahre und älter) Zahlungsprobleme** mit den genannten (sehr unterschiedlichen) Merkmalen aufwiesen.

***Anteil der Personen mit Zahlungsproblemen
in Schleswig-Holstein
deutlich über dem Bundesdurchschnitt***

Wie angeführt betrug der Anteil der Personen mit Zahlungsproblemen im Jahr 2010 in **Schleswig-Holstein 9,3 Prozent** aller volljährigen Personen, womit Schleswig-Holstein **deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 8,7 Prozent** lag (vgl. Abb. 3.3).

Grundsätzlich zeigt Abb. 3.3, dass der Anteil der volljährigen Personen mit Zahlungsproblemen in den Bundesländern zum Teil sehr unterschiedlich ist. Während Bayern und Baden-Württemberg mit 6,5 Prozent bzw. 6,9 Prozent die niedrigsten Anteile an volljährigen Schuldnern mit Zahlungsproblemen (mindestens ein Negativmerkmal) aufweisen, liegen die Anteile in Bremen (11,9 Prozent) und Berlin (12,4 Prozent) fast doppelt so hoch.

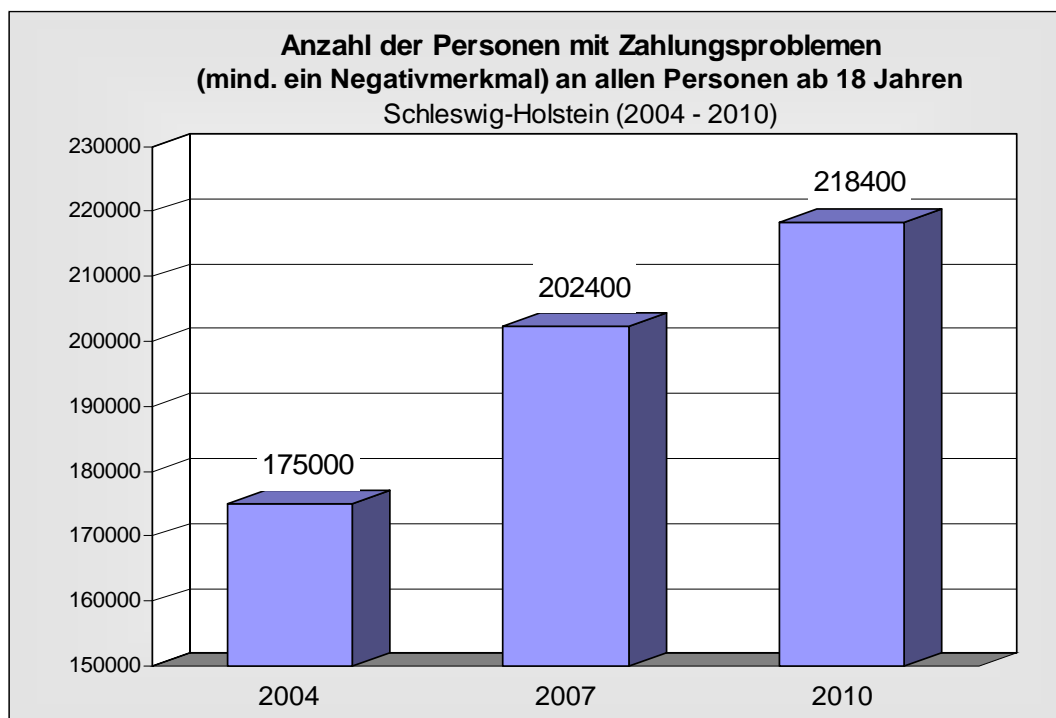
***Von den 218 Tsd. Personen mit Zahlungsproblemen
sind mehr als 117 Tsd. absolut überschuldet***

Unter den genannten 218.400 Personen mit Zahlungsproblemen befinden sich mindestens 117.400 absolut überschuldete (zahlungsunfähige) Personen in dem Sinne, dass sie eine Eidesstattliche Versicherung abgegeben haben und/oder in Privatinsolvenz (Verbraucherinsolvenz) sind. Die restlichen 101 Tsd. Personen haben bei der SCHUFA „nur“ mindestens ein „weiches“ Negativmerkmal eingetragen, das heißt, dass der SCHUFA mindestens ein Zahlungsausfall (offene, gemahnte und unbestrittene Forderung) von einem Vertragspartner (Banken, Sparkassen, Versicherungen, Telekommunikationsunternehmen, Versandhandel etc.) gemeldet wurde. Diese 101 Tsd. Personen sind keinesfalls alle als überschuldet zu bezeichnen in der Bedeutung, dass sie (dauerhaft) zahlungsunfähig sind. Wie hoch der Anteil der überschuldeten bzw. zahlungsunfähigen Personen darunter ist, kann nicht ausgesagt werden.

Kontinuierliche Zunahme der Privatpersonen mit Zahlungsproblemen in Schleswig-Holstein

Der Anteil der Privatpersonen mit Zahlungsproblemen an allen volljährigen Personen in Schleswig-Holstein war in den letzten Jahren durch eine kontinuierliche Zunahme gekennzeichnet. Lag der Anteil im Jahr 2004 noch bei 7,62 Prozent, so stieg dieser in den Folgejahren auf 7,94 Prozent (2005), 8,26 Prozent (2006), 8,7 Prozent (2007) etc. und erreichte schließlich im Jahr 2010 9,3 Prozent.²⁷ Bemerkenswert ist, dass diese Zunahme auch in den Jahren mit hohem Wirtschaftswachstum erfolgte: 2006 (BIP: + 3,4 Prozent), 2007 (BIP: + 2,7 Prozent) und 2010 (BIP: + 3,6 Prozent)²⁸.

Abb. 3.4



Quelle: Datenbasis: SCHUFA Holding AG (Hrsg.): Schulden-Kompass 2005 und 2008 sowie Kredit-Kompass 2011;
Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Lfd. Fortschreibung des Bevölkerungsstandes;
Eigene Berechnungen und eigene Darstellung.

²⁷ Vgl. SCHUFA Holding AG (Hrsg.): Schulden-Kompass 2005 bis Jahrgang 2010. Empirische Indikatoren der privaten Kreditaufnahme in Deutschland, Wiesbaden lfd. Jahrgänge. SCHUFA Holding AG (Hrsg.): Kredit-Kompass 2011, Wiesbaden 2011.

In Abb. 3.4 wurde diese Entwicklung in absoluten Zahlen wiedergegeben: Betrug die Anzahl der Personen mit Zahlungsproblemen im Jahr 2004 in Schleswig-Holstein noch rd. 175.000, so waren es sechs Jahre später im Jahr 2010 fast 220 Tsd. Personen. Dies bedeutet eine **Zunahme der Personen mit Zahlungsproblemen in diesem Zeitraum von rd. 25 Prozent**.

***Aufgezeigte Ergebnisse
zur Anzahl der Schuldner mit Zahlungsproblemen
stellen Untergrenzen des Ausmaßes dar***

Abschließend sei angemerkt, dass von der SCHUFA die überwiegende Mehrheit, aber nicht alle der möglichen Zahlungsausfälle von volljährigen Personen erfasst werden. Bei den von der SCHUFA erfassten Zahlungsausfällen handelt es sich vor allem um jene aus bankenmäßigen Verschuldungsformen, wobei jedoch auch zentrale Zahlungsausfälle von nicht-bankenmäßigen Verschuldungsformen wie jenen bei Versicherungen, Telekommunikationsunternehmen (Handyverträge) etc. erhoben werden. **Die aufgezeigten Ergebnisse zur Anzahl von Schuldnern mit Zahlungsproblemen stellen also immer Untergrenzen dar.**

²⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Pressemitteilung Nr. 010 vom 12.01.2011.

4. Relative Überschuldung von Privathaushalten

Obwohl für Kredite bzw. andere Verschuldungsformen originär Personen haften, gilt die Aufmerksamkeit insbesondere auch der Überschuldung von Privathaushalten. Durch die Betrachtung von Überschuldung im Haushaltskontext wird berücksichtigt, dass Schulden nicht nur einzelne Personen betreffen, sondern den gesamten Haushalt. Unterstellt wird in diesem Zusammenhang, dass der Haushalt eine Wirtschaftsgemeinschaft mit finanziellem Austausch darstellt.

Wann ist ein Privathaushalt überschuldet?

Um zu berechnen, ob ein verschuldeter Haushalt (Wirtschaftsgemeinschaft mit finanziellem Austausch) überschuldet ist, werden von allen Einnahmen des Haushaltes die Ausgaben (inkl. der Zahlungsverpflichtungen aus Krediten etc.) abgezogen und geprüft, ob mit dem verbleibenden Einkommensrest die Lebenshaltungskosten des Haushaltes gedeckt werden können. Basis dieser Vorgehensweise ist die Definition der so genannte relativen Überschuldung (vgl. dazu die ausführliche Darstellung in Kap. 1.3).

Ein Haushalt ist also dann **relativ überschuldet**, wenn trotz Reduzierung der Lebenshaltungskosten auf das gesetzliche Existenzminimum der Pfändungsfreigrenze (alternativ Sozialhilfegrenze) die Ausgaben (inkl. Kreditverpflichtungen) höher sind als die Einnahmen.

Die Datenbasis für die empirischen Analysen ist das Sozioökonomische Panel (SOEP).

Überschuldungsgefährdete Haushalte

Die vorgestellte Konzeption zur Messung (Berechnung) von Überschuldung ermöglicht auch die Erfassung von Haushalten, die sich an der Grenze zur Überschuldung befinden. Als überschuldungsgefährdet gelten jene Privathaushalte, die nach Reduzierung ihrer Lebenshaltungskosten ihre Zahlungsverpflichtungen aus Krediten zwar noch leisten können, sich jedoch an der Schwelle zur Überschuldung befinden, da sie eine sehr geringe positive Einnahmen-Ausgaben-Bilanz vorweisen. Haushalte, deren Bilanz der Einnahmen-Ausgaben (inkl. Kreditbelastungen) positiv und kleiner als 50 Euro ist, werden als stark überschuldungsgefährdet angesehen.

4.1 Gesetzliche Existenzminima 2009

Da die folgenden Analysen zur Überschuldung von Privathaushalten das Jahr 2009 betreffen (jüngere Daten des SOEP liegen noch nicht vor), seien die 2009 gültigen Sozialhilfeleistungen und Pfändungsfreigrenzen, die in die Berechnungen eingehen, kurz angegeben.

Kernelement für die **Bemessung der Sozialhilfe** wie auch der Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG II / Sozialgeld) ist die so genannte Regelsatzverordnung (RSV) nach §28 SGB XII. Der Regelsatz für die Hilfe zum Lebensunterhalt einer allein stehenden Person bzw. des Haushaltsvorstandes (Eckregelsatz) wurde turnusgemäß entsprechend der Rentenanpassung fortgeschrieben und mit 1. Juli 2009 auf 359 Euro festgelegt (Eckregelsatz). Aus dem Eckregelsatz werden in der Folge nach den 2009 gültigen Bedarfsgewichten die Regelleistungen für Haushaltsangehörige abgeleitet, wobei mit 1. Juli 2009 auch eine zusätzliche Altersstufe für Kinder von 6 bis unter 14 Jahren (Bedarfsgewicht: 70 Prozent des Eckregelsatzes) eingeführt wurde.²⁹

| | |
|--|----------|
| Haushaltsvorstand / Alleinstehender (Eckregelsatz) | 359 Euro |
| Haushaltsangehörige unter 6 Jahre | 215 Euro |
| Haushaltsangehörige ab 6 bis unter 14 Jahre | 251 Euro |
| Haushaltsangehörige ab 14 Jahre | 287 Euro |

Zusätzlich werden unter bestimmten Voraussetzungen Mehrbedarfe für Ältere, Schwangere und Alleinerziehende gezahlt. Darüber hinaus werden die angemessenen Kosten der Unterkunft (Kaltmiete ohne Strom) sowie die Heizkosten (abzüglich der Kosten für die Warmwasserbereitung) gewährt.

Die **Bemessung der Pfändungsfreigrenzen** im Jahr 2009 erfolgt nach der Pfändungstabelle vom 1. Juli 2005. Diese hat Gültigkeit, da nach 2007 auch mit 1. Juli 2009 keine Anhebung der Freigrenzen erfolgte.³⁰

Die Pfändungsfreigrenze beträgt entsprechend der genannten gültigen Pfändungstabelle (gem. §850 ZPO) für eine allein stehende Person 989,99 Euro pro Monat.

Sie erhöht sich mit der Anzahl der gesetzlich zu unterhaltenden Personen:

| | |
|--------------|----------------------------------|
| 1359,99 Euro | bei 1 zu unterhaltenden Person |
| 1569,99 Euro | bei 2 zu unterhaltenden Personen |
| 1769,99 Euro | bei 3 zu unterhaltenden Personen |
| 1979,99 Euro | bei 4 zu unterhaltenden Personen |
| usw. | |

Weiterhin sind zweckgebundene Sozialleistungen (Erziehungsgeld, Kindergeld, Pflegegeld, Leistungen der Sozialhilfe, Wohngeld etc.) unpfändbar.

²⁹ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Erläuterungen zur Ermittlung des eigenständigen Kinderregelsatzes, Berlin 20. Oktober 2009.

³⁰ Nach 850c Abs. 2a ZPO ändern sich die Beträge für die Berechnung der Pfändungsfreigrenzen alle zwei Jahre entsprechend der Entwicklung des steuerlichen Grundfreibetrages. Da der Grundfreibetrag in §32a Abs. 1 Nr.1 des Einkommenssteuergesetzes (EStG) zum Stichtag 1. Januar 2009 identisch ist mit dem Freibetrag zum Stichtag 1. Januar 2007 (und 2005), blieben auch die Pfändungsfreigrenzen unverändert.

4.2. Relativ überschuldete Privathaushalte mit Konsumenten- und/oder Hypothekarkrediten

Tab. 4.1

| Anzahl relativ überschuldeter Privathaushalte 2009 Haushalte mit Konsumenten- und/oder Hypothekarkrediten Lebensunterhalt nach Sozialhilfe / ALG II | | | |
|--|--------------------|--------------------------|---------------------------|
| | Deutschland | Alte Bundesländer | Schleswig-Holstein |
| Anzahl relativ überschuldeter Privathaushalte (in Tausend) | 2610 | 2050 | 97 |
| Anzahl überschuldungsgefährdeter Privathaushalte (in Tausend) | 310 | 240 | 12 |

Quelle: Datenbasis: SOEP 2009, eigene Berechnungen und Darstellung.

Anmerkung:

Überschuldungsgefährdung: Die Differenz von Nettoeinnahmen und Ausgaben (inkl. Verpflichtungen aus Krediten) des Haushalts ist positiv und kleiner 50 Euro.

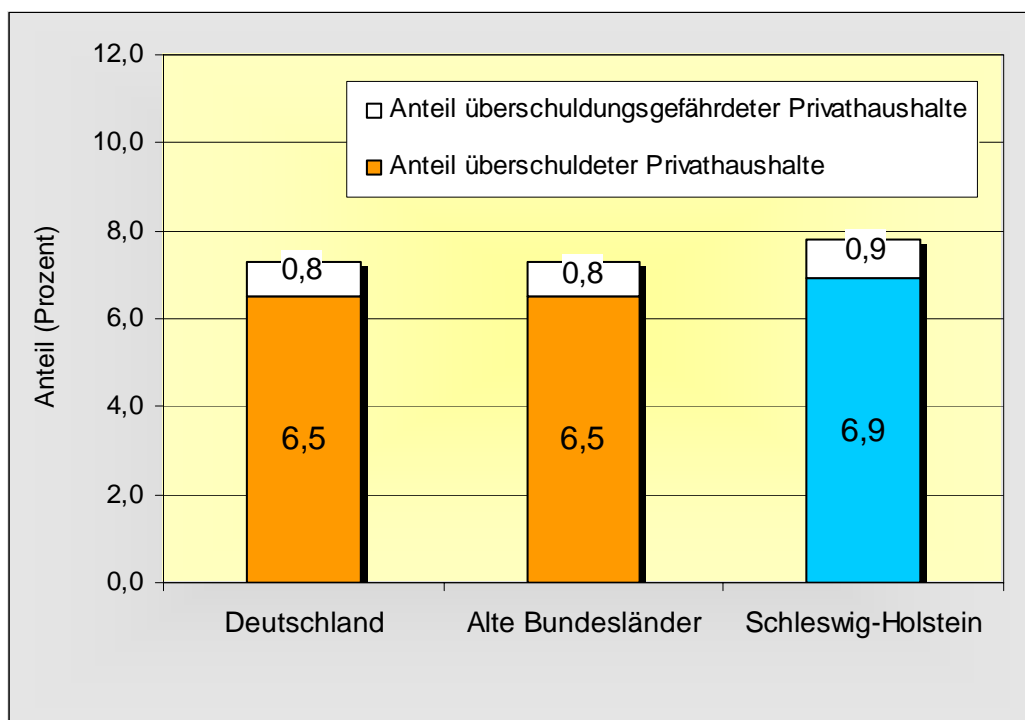
Deutschland 2009: 2,6 Mio. Haushalte mit Konsumenten- und/oder Hypothekarkrediten relativ überschuldet

Im Jahr 2009 waren in Deutschland 2,61 Millionen Privathaushalte mit bankenmäßigen Krediten überschuldet (vgl. Tab. 4.1). Unter Berücksichtigung der überschuldungsgefährdeten Haushalte (50 Euro Gefährdetenschwelle) erhöht sich die Anzahl auf rd. 3 Millionen.

Schleswig-Holstein 2009: Fast 100 Tsd. Haushalte mit Konsumenten- und/oder Hypothekarkrediten relativ überschuldet

Auf Schleswig-Holstein entfielen im Jahr 2009 rd. 97 Tsd. relativ überschuldete Privathaushalte mit Konsumenten- und/oder Hypothekarkrediten. Die Anzahl der überschuldungsgefährdeten Privathaushalte (50 Euro Gefährdetenschwelle) in Schleswig-Holstein betrug rd. 12 Tsd.

Abb. 4.1 **Schleswig-Holstein: Anteil relativ überschuldeter Privathaushalte 2009** mit Konsumenten- und/oder Hypothekarkrediten an allen Haushalten Lebensunterhalt nach Sozialhilfe / ALG II



Quelle: Datenbasis: SOEP 2009, eigene Berechnungen und Darstellung.

Anmerkung:

Überschuldungsgefährdung: Die Differenz von Nettoeinnahmen und Ausgaben (inkl. Verpflichtungen aus Krediten) des Haushalts ist positiv und kleiner 50 Euro.

Schleswig-Holstein 2009:

Hoher Anteil überschuldeter Haushalte

Werden die relativ überschuldeten Haushalte in Beziehung gesetzt zu allen Haushalten, so erhalten wir die entsprechenden prozentualen Anteile überschuldeter Haushalte (vgl. Abb. 4.1).

Der Anteil der relativ überschuldeten Haushalte an allen Haushalten in Schleswig-Holstein (6,9 Prozent) liegt 2009 über dem Anteil der überschuldeten Privathaushalte in den alten Bundesländern (6,5 Prozent) bzw. ebenso über dem bundesweiten Anteil.

Es wurde bereits aufgezeigt, dass der Anteil der absolut überschuldeten Personen in Schleswig-Holstein über dem Bundesdurchschnitt liegt (vgl. Kap.

2.2.3, Abb. 2.8). In der Folge zeigt sich an dieser Stelle, dass auch der Anteil der relativ überschuldeten Haushalte den bundesweiten Anteil übersteigt.

Hervorgehoben sei, dass keine genauen Aussagen darüber gemacht werden, wie viele der relativ überschuldeten Haushalte absolut überschuldet sind hinsichtlich des Vorliegens einer EV oder einer Verbraucherinsolvenz, da diese Merkmale im Sozioökonomischen Panel nicht erhoben werden.

4.3. Überschuldete Privathaushalte mit Konsumentenkrediten

Der Datensatz des Sozioökonomischen Panels bietet die Möglichkeit, die Haushalte getrennt nach ihrer bankenmäßigen Verschuldungsform zu untersuchen. Dies ist wesentlich, da sich Konsumentenkredite grundlegend von Hypothekarkrediten hinsichtlich Laufzeit, Kredithöhe und Wertbeständigkeit des finanzierten Gegenstandes unterscheiden. Insofern haben Verschuldungen mit Konsumenten- bzw. Hypothekarkrediten höchst unterschiedliche Ausgangsbedingungen und Zielsetzungen. Während Hypothekarkredite bei der Vermögensbildung (Wohneigentum) eine zentrale Rolle einnehmen, dienen Konsumentenkredite der Anschaffung von Gütern zur Haushaltsausstattung, dem Autokauf etc. Bei Konsumentenkrediten handelt es sich um kurz- bzw. mittelfristige Kredite, und die Wertbeständigkeit der finanzierten Gegenstände ist entsprechend begrenzt.

Hinweis: Die folgenden empirischen Ergebnisse können nur mit Einschränkungen interpretiert werden, da die Stichprobe für Schleswig-Holstein im Datensatz des SOEP (Sozioökonomisches Panel) klein ist. Entsprechend sind die hier wiedergegebenen Hochrechnungen mit Unsicherheiten behaftet.

*Deutschland 2009: 1,65 Mio. Haushalte mit
Konsumentenkrediten überschuldet*

Tab. 4.2 zeigt vergleichend die Anzahl der überschuldeten Privathaushalte mit Konsumentenkrediten für Deutschland, die alten Bundesländer sowie das Land Schleswig-Holstein.

2009 waren in Deutschland 1,65 Mio. Privathaushalte mit Konsumentenkrediten überschuldet, das heißt, dass nach Abzug der im Haushalt bestehenden Zahlungsverpflichtungen aus Krediten, der verbleibende Einkommensrest geringer war als die entsprechende Pfändungsfreigrenze für die Lebenshaltungskosten des Haushaltes. Weitere 280 Tsd. Haushalte waren 2009 in Deutschland stark überschuldungsgefährdet (vgl. Tab. 4.2).

Schleswig-Holstein 2009: 60 Tsd. Haushalte mit Konsumentenkrediten überschuldet

Im Land Schleswig-Holstein waren 2009 60 Tsd. Privathaushalte mit Konsumentenkrediten von Überschuldung betroffen und zusätzliche 10 Tsd. Haushalte waren stark überschuldungsgefährdet (vgl. Abb. Tab. 4.2).

Tab. 4.2 **Schleswig-Holstein: Anzahl überschuldeter Privathaushalte 2009**
 Haushalte mit Konsumentenkrediten
 Lebensunterhalt nach Pfändungsfreigrenze

| Anzahl relativ überschuldeter Privathaushalte 2009 Haushalte mit Konsumentenkrediten Lebensunterhalt nach Pfändungsfreigrenze | | | |
|--|--------------------|--------------------------|---------------------------|
| | Deutschland | Alte Bundesländer | Schleswig-Holstein |
| Anzahl relativ überschuldeter Privathaushalte (in Tausend) | 1650 | 1230 | 60 |
| Anzahl überschuldungsgefährdeter Privathaushalte (in Tausend) | 280 | 220 | 10 |

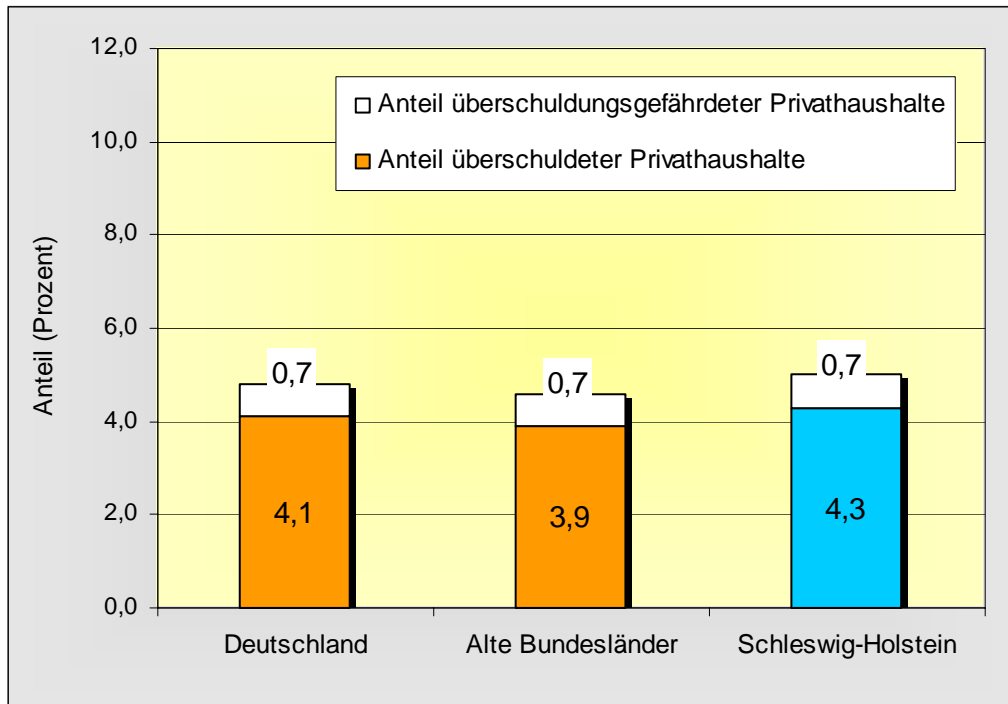
Quelle: Datenbasis: SOEP 2009, eigene Berechnungen und Darstellung.

Anmerkung:

Überschuldungsgefährdung: Die Differenz von Nettoeinnahmen und Ausgaben (inkl. Verpflichtungen aus Krediten) des Haushalts ist positiv und kleiner 50 Euro.

Betrachtet man den Anteil der relativ überschuldeten Privathaushalte mit Konsumentenkrediten an allen Privathaushalten in Schleswig-Holstein (vgl. Abb. 4.2), so liegt dieser mit 4,3 Prozent über dem bundesweiten Anteil (4,1 Prozent) und ist weiterhin auch höher als der entsprechende Anteil in den alten Bundesländern (3,9 Prozent). Dieses Ergebnis steht im Einklang mit allen bisherigen Analysen zu absolut überschuldeten Personen bzw. Personen mit Zahlungsproblemen in Schleswig-Holstein, deren Anteile ebenso über dem entsprechenden bundesweiten Anteilen liegen.

Abb. 4.2 **Schleswig-Holstein: Anteil überschuldeter Privathaushalte 2009**
mit Konsumentenkredit an allen Haushalten
Lebensunterhalt nach Pfändungsfreigrenze



Quelle: Datenbasis: SOEP 2009, eigene Berechnungen und Darstellung.

Anmerkung:

Überschuldungsgefährdung: Die Differenz von Nettoeinnahmen und Ausgaben (inkl. Verpflichtungen aus Krediten) des Haushalts ist positiv und kleiner 50 Euro.

5. Sozioökonomische Merkmale und Strukturen von Personen in Schuldnerberatung in Schleswig-Holstein

5.1 Die Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes

Die Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes ist die mit Abstand umfangreichste Datensammlung über Personen in finanziellen Schwierigkeiten, die bei Schuldnerberatungsstellen betreut werden.

Die Überschuldungsstatistik verbessert die Datenlage zu überschuldeten Personen wesentlich

Die Auswertungen der bisherigen Erhebungen für Gesamtdeutschland haben gezeigt, dass erstmals signifikante Aussagen über die soziodemographischen Merkmale der Schuldner, die Gläubigerstrukturen, die Auslöser der Überschuldung usw. möglich sind.

Datenbasis: Beratungsfälle bei Schuldnerberatungsstellen

Die Datenbasis der Überschuldungsstatistik sind Beratungsfälle bei Schuldnerberatungsstellen. In Deutschland gibt es etwa 950 nicht kommerzielle Schuldnerberatungsstellen, wovon bisher etwa ein Drittel ihre Bereitschaft zur Mitarbeit erklärt hat. Für das Berichtsjahr 2009 haben schließlich 236 Beratungsstellen an das Statistische Bundesamt die Daten von insgesamt 74413 Schuldnern weitergeleitet, die sich mit der (anonymisierten) Datenweitergabe einverstanden erklärt haben. Betrachtet man die Beteiligung der Beratungsstellen nach Bundesländern, so wird jedoch deutlich, dass sich in einigen Bundesländern die Beratungsstellen noch in größerem Ausmaß beteiligen müssen.

Schleswig-Holstein: Alle (nicht-kommerziellen) Beratungsstellen nehmen an der Überschuldungsstatistik teil

Schleswig-Holstein ist jedoch in der vorbildlichen Situation, dass sich seit Jahren alle 36 (nicht-kommerziellen) Beratungsstellen an der Überschuldungsstatistik beteiligen. Seit 2007 stehen jährlich die anonymisierten Daten von mehr als 10 Tsd. Fällen von beratenen Personen zur Verfügung, die sich mit der anonymisierten Datenweitergabe einverstanden erklärt haben. Die Anzahl der einzubeziehenden Fälle hat kontinuierlich zugenommen, so dass für 2009 die anonymisierten Daten von 13.169 beratenen Personen vorliegen. Auf dieser Datengrundlage sind höchst zuverlässige und repräsentative Analysen möglich.

Die folgenden **Ausführungen zu den charakteristischen Merkmalen beratener Personen bei Schuldnerberatungsstellen betreffen das Berichtsjahr 2009** (jüngere Daten stehen derzeit noch nicht zur Verfügung). Die Ergebnisse werden sowohl für die Teilstichprobe der Beratungsfälle des Landes Schleswig-Holstein wie auch (vergleichend) für Deutschland dargelegt. Weiterhin werden die Erhebungsjahre 2007 bis 2009 einbezogen und hinsichtlich Entwicklungstendenzen bzw. Veränderungen bei den charakteristischen Merkmalen untersucht.

5.2 Soziodemographische Merkmale überschuldeter Personen in Schuldnerberatung

5.2.1 Geschlecht:

Frauen und Männer gleich häufig vertreten

Männer und Frauen sind als Klienten bei Schuldnerberatungsstellen bundesweit wie auch in Schleswig-Holstein in gleicher Anzahl anzutreffen: Deutschland (Männer: 50,1 Prozent; Frauen 49,9 Prozent), **Schleswig-Holstein (Männer: 50,8 Prozent, Frauen: 49,2 Prozent)**.

5.2.2 Altersverteilung der beratenen Personen

Personen zwischen 35 und 45 Jahren suchen am häufigsten Rat

Tab. 5.1

| Alter von ... bis unter ... Jahre | Beratene Personen 2009 nach dem Alter (Anteile in Prozent) | |
|--------------------------------------|---|-------------|
| | Schleswig-Holstein | Deutschland |
| unter 25 | 8,1 | 8,6 |
| 25 - 35 | 24,8 | 25,6 |
| 35 - 45 | 28,4 | 26,1 |
| 45 - 55 | 22,9 | 23,8 |
| 55 - 65 | 10,7 | 11,1 |
| 65 und mehr | 5,1 | 4,8 |

Quelle: Statistisches Bundesamt: Überschuldungsstatistik, Erhebung 2009; Eigene Darstellung.

Die Altersverteilung der Rat suchenden Personen in Schleswig-Holstein und jene von Gesamtdeutschland sind sehr ähnlich. Bei beiden Stichproben ist der Anteil der 35 bis unter 45jährigen am häufigsten vertreten. **Die Anteile der 35 bis unter 45jährigen sind stark überproportional** im Vergleich mit den Altersverteilungen der Gesamtbevölkerung (Anteil an der volljährigen Gesamtbevölkerung von Deutschland: rd. 19 Prozent). Generell sind die Altersgruppen der 25- bis unter 55jährigen Schuldner überproportional im Vergleich mit ihrem Anteil in der Gesamtbevölkerung vertreten. Unterproportional sind hingegen die Altersgruppen „unter 25“ sowie „65 und mehr“ überschuldet.

Hat sich die Altersverteilung der Rat suchenden Personen bei Schuldnerberatungsstellen in Schleswig-Holstein verändert?

*Altersverteilung der Ratsuchenden
nahezu unverändert seit 2007*

Tab. 2 zeigt die Altersverteilungen der beratenen Personen in Schleswig-Holstein von 2007 bis 2009. Es wird deutlich, dass sich die Altersverteilungen der Beratenen seit 2007 nur gering verändert haben. Bei der Altersgruppe der 35 bis 45jährigen ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen, der von 2007 bis 2009 2,5 Prozent beträgt. Diese Altersgruppe bleibt jedoch jene mit den meisten Ratsuchenden auf Grund von finanziellen Schwierigkeiten.

Tab. 5.2

| Alter von ... bis unter ... Jahre | Altersverteilung der beratenen Personen 2007 - 2009 (Anteile in Prozent) | | |
|--------------------------------------|---|-----------------------------|-----------------------------|
| | Schleswig- Holstein 2007 | Schleswig- Holstein 2008 | Schleswig- Holstein 2009 |
| unter 25 | 8,6 | 8,4 | 8,1 |
| 25 - 35 | 24,6 | 24,3 | 24,8 |
| 35 - 45 | 30,9 | 29,8 | 28,4 |
| 45 - 55 | 21,5 | 22,3 | 22,9 |
| 55 - 65 | 10,1 | 10,3 | 10,7 |
| 65 und mehr | 4,3 | 4,9 | 5,1 |

Quelle: Statistisches Bundesamt: Überschuldungsstatistik, Erhebungen 2007 bis 2009;
Eigene Darstellung.

5.2.3 Beratene Personen nach dem Haushaltstyp

*Alleinlebende und Haushalte mit Kindern
sind am häufigsten überschuldet*

Tab. 5.3

| Haushaltstyp | Beratene Personen nach dem Haushaltstyp (Anteile in Prozent) | | |
|------------------------|---|----------------------------|------------------|
| | Schlewig-Holstein 2007 | Schleswig-Holstein 2009 | Deutschland 2009 |
| Alleinlebende Frau | 16,8 | 17,1 | 17,0 |
| Alleinlebender Mann | 24,9 | 24,9 | 27,3 |
| Alleinerziehende Frau | 13,4 | 13,2 | 13,9 |
| Alleinerziehender Mann | 1,3 | 1,4 | 1,5 |
| Paar ohne Kind | 17,4 | 17,2 | 15,7 |
| Paar mit Kind(ern) | 22,7 | 22,9 | 21,1 |
| Sonstige Lebensform | 3,5 | 3,3 | 3,5 |

Quelle: Statistisches Bundesamt: Überschuldungsstatistik, Erhebungen 2007 und 2009;
Eigene Darstellung.

In Schleswig-Holstein und generell bundesweit benötigen **Alleinlebende** am häufigsten die Hilfe von Schuldnerberatungsstellen (**Schleswig-Holstein 2009: 42,0 Prozent**, Deutschland 2009: 44,3 Prozent der beratenen Personen). Darunter sind alleinlebende Männer deutlich häufiger auf Hilfe angewiesen als alleinlebende Frauen.

**Schleswig-Holstein 2009: Kinder sind häufig Mitbetroffene:
In 37,5 Prozent der Fälle
leben Kinder in den Haushalten Überschuldeter**

Rechnet man in Tab. 5.3 die Anteile der Haushaltstypen mit Kindern zusammen, so erhält man, dass im Jahr 2009 in **Schleswig-Holstein in 37,5 Prozent der Fälle Haushalte mit Kindern** betroffen waren (Deutschland 2009: 36,5 Prozent). Bei den Alleinerziehenden handelt es sich fast ausschließlich um Frauen. Hervorgehoben sei, dass alleinerziehende Frauen hoch überproportional im Vergleich zu ihrem Anteil an allen Haushalten in Deutschland (rd. 6 Prozent) bei Beratungsstellen Hilfe benötigen. Aber auch alleinlebende Männer sind hoch überproportional betroffen, da ihr Anteil in der Grundpopulation aller Haushalte in Deutschland „nur“ rd. 17 Prozent beträgt.

Aus Tab. 5.3 wird weiterhin sehr deutlich, dass in Schleswig-Holstein von 2007 bis 2009 keine Veränderungen in der Zusammensetzung der Klientel von Schuldnerberatungsstellen nach Haushaltstypen erfolgt ist.

In engem Zusammenhang mit den finanziellen Problemen von Personen stehen die Merkmale Erwerbssituation und Berufsbildung der betroffenen Personen.

5.2.4 Erwerbssituation und Berufsbildung der Überschuldeten

*Beratene Personen in Schleswig-Holstein 2009:
 Fast die Hälfte ist arbeitslos,
 nur jeder Dritte ist erwerbstätig*

Tab. 5.4

| Erwerbssituation | Erwerbssituation der beratenen Personen (Anteile in Prozent) | | |
|------------------------------------|---|----------------------------|------------------|
| | Schlewig-Holstein 2007 | Schleswig-Holstein 2009 | Deutschland 2009 |
| abhängig erwerbstätig | 33,3 | 33,8 | 29,9 |
| selbständig erwerbstätig | 0,9 | 0,8 | 1,0 |
| arbeitslos | 44,5 | 43,6 | 47,6 |
| arbeitslos, ehemals selbständig | 3,0 | 2,4 | 3,0 |
| anderweitig nicht erwerbstätig | 18,3 | 19,4 | 18,5 |

Quelle: Statistisches Bundesamt: Überschuldungsstatistik, Erhebungen 2007 und 2009;
 Eigene Darstellung.

Fast die Hälfte (46 Prozent) der Personen, die 2009 eine Schuldnerberatung in Schleswig-Holstein aufsuchten, war zu Beginn der Beratung arbeitslos, das heißt auf öffentliche Transferleistungen angewiesen. Bundesweit waren es 2009 sogar 50,6 Prozent. Nur wenig mehr als ein Drittel (34,6 Prozent) der Rat suchenden war 2009 in Schleswig-Holstein abhängig bzw. selbständig erwerbstätig (bundesweit waren es 2009 nur 30,9 Prozent) und ging somit einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit nach. Jeder Fünfte der Beratenen war 2009 in Schleswig-Holstein „anderweitig nicht erwerbstätig“, das heißt Hausfrau/-mann, Rentner, Student oder nicht erwerbsfähiger Bezieher von Transferleistungen (SGB XII).

In welchen Haushalten leben die von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen, die auf Grund ihrer Ver- bzw. Überschuldungsprobleme die Schuldnerberatung aufsuchten?

*Beratene Personen in Schleswig-Holstein 2009:
 Alleinerziehende Frauen
 am häufigsten von Arbeitslosigkeit betroffen*

Tab. 5.5

| | Beratene Personen mit dem Erwerbsstatus Arbeitslosigkeit nach Haushaltstypen (Anteile in Prozent) |
|------------------------|--|
| Haushaltstyp | Schleswig-Holstein 2009 |
| Alleinlebende Frau | 44,5 |
| Alleinlebender Mann | 47,7 |
| Alleinerziehende Frau | 61,5 |
| Alleinerziehender Mann | 38,5 |
| Paar ohne Kind | 33,7 |
| Paar mit Kind(ern) | 35,8 |
| Sonstige Lebensform | 44,7 |

Quelle: Statistisches Bundesamt: Überschuldungsstatistik, Erhebung 2009;
 Eigene Darstellung.

Tab.5.5 zeigt, dass unter den Personen in Schuldnerberatung **alleinerziehende Frauen mit 61,5 Prozent am häufigsten von Arbeitslosigkeit (zu Beginn der Beratung) betroffen** sind.

Die Erhebung zeigt weiterhin, dass auch generell Personen unter 25 Jahren den Erwerbsstatus Arbeitslosigkeit sehr häufig aufweisen (Schleswig-Holstein 2009: 59,4 Prozent), ebenso ledige Personen (54,9 Prozent).

Paare ohne Kinder (vgl. Tab. 5) haben diesbezüglich die „geringste“ Häufigkeit (33,7 Prozent).

Grundsätzlich sei angemerkt, dass die Verteilungen der Erwerbssituation der beratenen Personen in Schleswig-Holstein von 2007 und 2009 keine signifikanten Veränderungen zeigen (vgl. Tab. 5.4), obwohl sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in diesem Zeitraum stark verändert haben (2007 war nach 2006

durch ein starkes Wirtschaftswachstum geprägt und 2009 durch die stärkste Rezession der Nachkriegszeit³¹).

*Beratene Personen in Schleswig-Holstein 2009:
 Mehr als die Hälfte
 verfügt über eine abgeschlossene Berufsausbildung*

Arbeitslosigkeit betrifft aber nicht nur ungelernte Schuldner, denn **58 Prozent** der beratenen Personen in Schleswig-Holstein 2009 hatte eine abgeschlossene Berufsausbildung und rechnet man noch jene hinzu, die sich in Ausbildung befinden, so sind es 60 Prozent. 40 Prozent der beratenen Personen besaßen jedoch keine Berufsausbildung.

Von den **jüngeren beratenen Personen unter 25 Jahren hatten jedoch 70 Prozent keinen Berufsausbildungsabschluss.**

5.2.5 Monatliches Nettoeinkommen des gesamten Haushaltes der beratenen Personen

*Haushaltsnettoeinkommen der beratenen Personen
 auf sehr niedrigem Niveau;
 Haushaltsnettoeinkommen häufig unter der Pfändungsfreigrenze*

Tab. 5.6

| | | Beratene Personen Schleswig-Holstein 2009: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... (Euro) nach Haushaltstyp | | | | |
|------------------------|----------------------|--|-----------------------|-----------------------|-----------------------|----------------------|
| Haushaltstyp | unter 900 | 900 - 1300 | 1300- 1500 | 1500- 2000 | 2000- 2600 | 2600 u.m. |
| Alleinlebende Frau | 67,6 | 22,8 | 5,3 | 3,2 | 0,9 | 0,2 |
| Alleinlebender Mann | 62,9 | 22,9 | 6,1 | 6,5 | 1,3 | 0,3 |
| Alleinerziehende Frau | 16,3 | 38,8 | 19,7 | 19,0 | 5,3 | 0,9 |
| Alleinerziehender Mann | 17,9 | 28,5 | 15,6 | 24,6 | 11,2 | 2,2 |
| Paar ohne Kind | 19,1 | 34,1 | 10,4 | 20,3 | 10,9 | 5,2 |
| Paar mit Kind(ern) | 9,1 | 11,0 | 10,8 | 31,4 | 24,6 | 13,1 |
| Sonstige Lebensform | 51,0 | 21,3 | 8,9 | 11,3 | 5,5 | 2,0 |

Quelle: Statistisches Bundesamt: Überschuldungsstatistik, Erhebung 2009; Eigene Darstellung.

³¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Pressemitteilung Nr. 010 vom 12.01.2011.

Wie aus Tab. 5.6 ersichtlich bewegen sich die Haushaltsnettoeinkommen der beratenen Personen auf einem sehr niedrigen Niveau.

Alleinlebende Rat suchende Personen bei Schuldnerberatungsstellen verfügen zu rd. 90 Prozent über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1300 Euro. Insbesondere Kinder sind neben den Schuldnern von der prekären Einkommenssituation betroffen. Alleinerziehende Frauen können zu 55 Prozent nur über bis zu 1300 Euro verfügen. Selbst jedes fünfte Paar mit Kindern übersteigt mit dem Haushaltsnettoeinkommen diesen Betrag nicht.

5.2.5 Staatsangehörigkeit der Personen in Schuldnerberatung

Ausländische Mitbürger nutzen die Beratungsstellen leicht unterproportional

Der Anteil der beratenen Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, war 2009 bezogen auf die bundesweite Erhebung 8,6 Prozent. Dieser Anteil hat sich gegenüber dem Erhebungsjahr 2008 (8,3 Prozent) nur sehr gering verändert. Der Anteil der ausländischen Mitbürger an der gesamten Wohnbevölkerung über 18 Jahren liegt leicht darüber, sodass ausländische Personen die Schuldnerberatungsstellen etwas weniger aufsuchen.

In Schleswig-Holstein waren 2009 nur 6,3 Prozent ausländische Staatsangehörige unter den Personen, die die Beratungsstellen beanspruchten.

Die geringeren Anteile der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen jedoch nicht bedeuten, dass diese weniger überschuldet sind.

5.3 Auslöser der Überschuldung

Die Auslöser für die finanziellen Schwierigkeiten, weshalb ein Schuldner nicht mehr in der Lage ist, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, werden nicht von den betroffenen Personen selbst benannt, sondern von den Schuldnerberatern auf Grund der Gesamtkennnisse des Falles.

Da Überschuldung bzw. Zahlungsunfähigkeit in der Regel durch mehrere Faktoren ausgelöst wird, wird für die Statistik der Hauptauslöser nach der subjektiven Beurteilung der Berater erfasst.

5.3.1 Die Hauptauslöser der Überschuldung bei Personen in Beratung

Tab. 5.7 gibt ausgewählte Hauptauslöser der Überschuldung von Personen bei Schuldnerberatungsstellen für das Erhebungsjahr 2009 wieder.

Schleswig-Holstein 2007 und 2009: Häufigkeiten der Hauptauslöser von Überschuldung unverändert; Arbeitslosigkeit häufigster Auslöser

Tab. 5.7

| Ausgewählte Hauptauslöser der Überschuldung | Schleswig-Holstein 2007 | Schleswig-Holstein 2009 | Deutschland 2009 |
|---|-------------------------|-------------------------|------------------|
| Arbeitslosigkeit | 27,8 | 27,6 | 28,5 |
| Trennung, Scheidung, Tod des Partners | 16,4 | 16,4 | 14,0 |
| Erkrankung, Sucht, Unfall | 10,0 | 11,7 | 11,1 |
| Gescheiterte Selbständigkeit | 7,9 | 8,1 | 8,6 |
| Unwirtschaftliche Haushaltsführung | 10,0 | 10,3 | 10,2 |
| Gescheiterte Immobilienfinanzierung | 4,0 | 4,0 | 4,0 |

Quelle: Statistisches Bundesamt: Überschuldungsstatistik, Erhebung 2007 und 2009; Eigene Darstellung.

Zunächst sei hervorgehoben, dass die Häufigkeiten der Hauptauslöser der Überschuldung bei den betreuten Personen in Schleswig-Holstein der Erhebungsjahre 2007 und 2009 fast konstant geblieben sind, obwohl sich wie erwähnt die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in diesem Zeitraum grundlegend verändert haben, von den durch starkes Wirtschaftswachstum geprägten Jahren 2006 und 2007 hin zum Rezessionsjahr 2009.

Angemerkt sei auch, dass sich die Verteilung der Häufigkeiten der Hauptauslöser von Schleswig-Holstein kaum von jener von Gesamtdeutschland unterscheidet.

Arbeitslosigkeit war 2009 in Schleswig-Holstein und ebenso bundesweit bei rd. 28 Prozent der Fälle der Hauptauslöser für die Überschuldung, gefolgt von „Trennung, Scheidung, Tod des Partners (Schleswig-Holstein 2009: 16,4 Prozent) und „Erkrankung, Sucht, Unfall“ (Schleswig-Holstein 2009: 11,3 Prozent).

Der Hauptauslöser „unwirtschaftliche Haushaltsführung“ trifft bei 10,3 Prozent der beratenen Personen in Schleswig-Holstein 2009 zu (vgl. Tab. 5.7).

5.3.2 Die Hauptauslöser der Überschuldung nach Haushaltstypen

Wie sich die Hauptauslöser der Überschuldung nach den Haushaltstypen der betroffenen Personen verteilen, zeigt Tab. 5.8.

Tab. 5.8 **Schleswig-Holstein:**
Beratene Personen 2009 nach dem Haushaltstyp und ausgewählten Hauptauslösern der Überschuldung

| Haushaltstyp | Ausgewählte Hauptauslöser der Überschuldung | | | | | |
|------------------------|---|---------------------------------------|---------------------------|--------------------------------|------------------------------------|-------------------------------------|
| | Arbeitslosigkeit | Trennung, Scheidung, Tod des Partners | Erkrankung, Sucht, Unfall | Gescheiterte Selbstständigkeit | Unwirtschaftliche Haushaltsführung | Gescheiterte Immobilienfinanzierung |
| Insgesamt | 26,7 | 16,4 | 11,7 | 8,1 | 10,3 | 4,0 |
| darunter: | | | | | | |
| Alleinlebende Frau | 25,1 | 18,5 | 15,0 | 5,2 | 7,7 | 2,7 |
| Alleinlebender Mann | 31,3 | 13,6 | 17,9 | 8,3 | 8,7 | 2,0 |
| Alleinerziehende Frau | 21,4 | 36,5 | 5,7 | 0,3 | 1,5 | 2,4 |
| Alleinerziehender Mann | 25,7 | 34,6 | 0,6 | — | 1,1 | 1,7 |
| Paar ohne Kinder | 27,8 | 11,9 | 10,5 | 11,5 | 10,3 | 5,7 |
| Paar mit Kind(ern) | 29,7 | 9,3 | 6,0 | 10,1 | 13,1 | 7,0 |

Quelle: Statistisches Bundesamt: Überschuldungsstatistik, Erhebung 2009;
 Eigene Darstellung.

Der Verlust des Arbeitsplatzes ist bei 31,3 Prozent der alleinlebenden Männer der Hauptauslöser für eine Überschuldung. Ebenso überdurchschnittlich häufig löst Arbeitslosigkeit bei Paaren mit und ohne Kinder eine Überschuldung aus (bei 29,7 Prozent bzw. 27,8 Prozent diese Haushaltstypen). „Trennung, Scheidung, Tod des Partners“ ist hingegen bei alleinerziehenden Frauen und Männern die häufigste Ursache für Überschuldung. Eine gescheiterte Selbstständigkeit löst am

häufigsten bei Paaren ohne Kinder eine finanzielle Krise aus (bei 11,5 Prozent dieser Haushaltsform). Bei Paaren mit Kindern ist weiterhin die unwirtschaftliche Haushaltsführung überdurchschnittlich häufig (13,1 Prozent) der Hauptauslöser für Überschuldung.

Tab. 5.8 macht also sehr gut deutlich, wo die Gefahren (Auslöser) für wirtschaftliche Probleme bis hin zur Überschuldung bei den einzelnen Haushaltstypen bestehen.

5.4 Art und Höhe der Schulden, Zahl der Gläubiger

5.4.1 Anzahl der Gläubiger

Bundesweit hatten im Jahr 2009 37 Prozent der beratenen Personen bei Schuldnerberatungen 10 und mehr Gläubiger und 11,7 Prozent hatten nur einen Gläubiger. Mehr als die Hälfte der Schuldner (51,3 Prozent bundesweit betrachtet) hatte zwischen 2 und 9 Gläubiger.

*Schleswig-Holstein 2009:
Rd. die Hälfte aller beratenen Personen hat zwischen 2 und 9 Gläubiger;
Rd. 35 Prozent haben 10 und mehr Gläubiger*

Bei der Erhebung 2009 für Schleswig-Holstein finden wir eine sehr ähnliche Situation vor: 34,8 Prozent der beratenen Personen haben 10 und mehr Gläubiger; 13 Prozent haben nur einen Gläubiger und die Mehrheit von 52,2 Prozent der beratenen Personen hat zwischen 2 und 9 Gläubiger.

5.4.1 Art und Höhe der Schulden

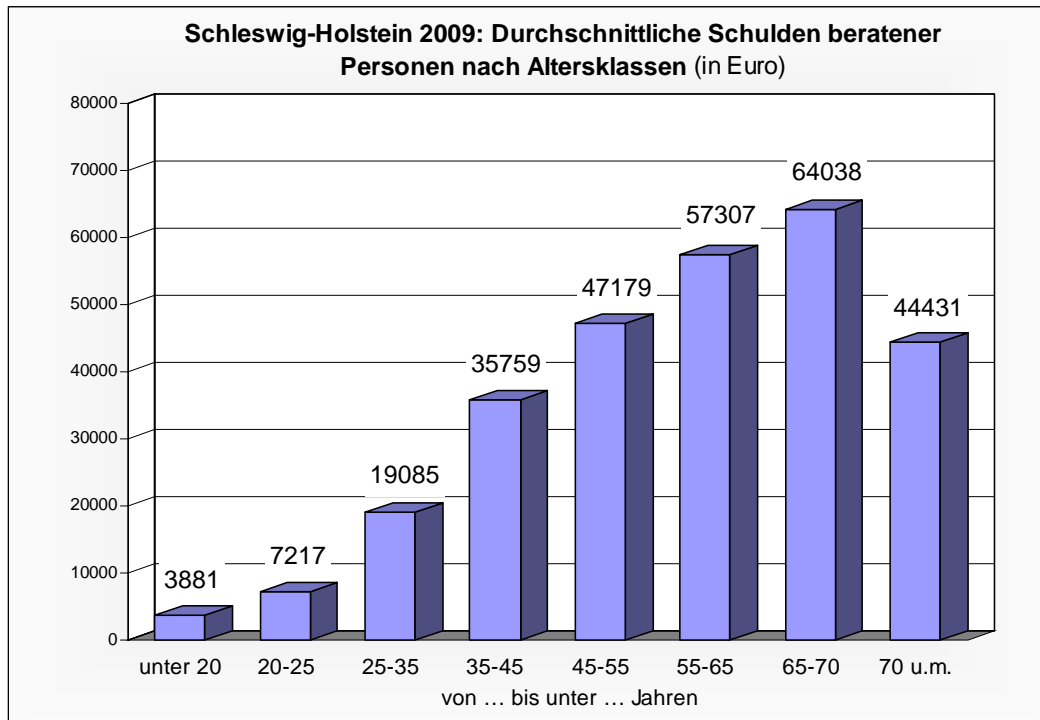
*Schleswig-Holstein 2009:
Durchschnittliche Schuldenhöhe je beratener Person:
Rd. 35 Tsd. Euro*

Die durchschnittliche Schuldenhöhe aller in die Erhebung 2009 in Schleswig-Holstein einbezogenen Personen beträgt rd. 35 Tsd. Euro. Dies entspricht auch der bundesweiten durchschnittlichen Schuldenhöhe aller beratenen Personen.

Die durchschnittliche Schuldenhöhe von Frauen ist in Schleswig-Holstein (ebenso bundesweit) geringer als jene der männlichen beratenen Personen: Schleswig-Holstein 2009: durchschnittliche Schuldenhöhe der beratenen Frauen

rd. 33 Tsd. Euro; durchschnittliche Schuldenhöhe der beratenen Männer rd. 38 Tsd. Euro.

Abb. 5.1



Quelle: Statistisches Bundesamt: Überschuldungsstatistik, Erhebung 2009; Eigene Darstellung.

Die durchschnittlichen Schulden der beratenen Personen unterscheiden sich natürlich stark, wenn man beispielsweise die durchschnittlichen Schulden nach Altersklassen differenziert (Abb. 5.1).

Die altersspezifische Zunahme der durchschnittlichen Schuldenhöhe beruht auf den Hypothekarkrediten, die in ihrem Volumen bei den jüngeren Schuldnern wesentlich geringer sind als bei den älteren.

Es ist daher sehr sinnvoll, auch die durchschnittlichen Schulden der beratenen Person nach der jeweiligen Gläubigerart zu betrachten.

Demnach betragen die durchschnittlichen Hypothekarkreditschulden je Person, sofern diese Schuldenart besteht, rd. 113 Tsd. Euro (Schleswig-Holstein, Erhebung 2009). Man vergleiche in diesem Zusammenhang nochmals, dass wie angeführt die durchschnittliche Schuldenhöhe über alle Schuldenarten und alle beratenen Personen gemittelt wie erwähnt „nur“ 35 Tsd. Euro beträgt.

In diesem Zusammenhang seien aus den vielfältigen Erkenntnissen, die die Überschuldungsstatistik diesbezüglich bietet, noch einige Beispiele aus der Erhebung für Schleswig-Holstein 2009 angeführt: So sind die unter 20jährigen Überschuldeten zwar mit der niedrigsten Summe an Ratenkrediten in Rückstand, sie weisen aber mit 2125 Euro die höchsten Schulden bei Telefongesellschaften aus. Die über 70jährigen haben hingegen unter allen Altersklassen die höchsten Schulden bei Versandhäusern mit durchschnittlich 2744 Euro.

A n h a n g

6. Datenquellen der Analyse

Darstellung des Überschuldungsprozesses durch Informationszusammenführung

Die Zusammenschau von Informationen und Ergebnissen aus unterschiedlichen Datensätzen zur Darstellung des Überschuldungsprozesses kann nur gelingen, wenn die einbezogenen Datensätze grundlegende Voraussetzungen erfüllen wie Repräsentativität, kompatible Definition von Ver- bzw. Überschuldung zum angegebenen Überschuldungsprozess, korrekte Umsetzung der Definition im Rahmen der Operationalisierung (Messung) von Überschuldung etc. damit die Ergebnisse aus den einzelnen Erhebungen einander ergänzende Informationen liefern. Die wenigen regelmäßig veröffentlichten Datensätzen und Statistiken, die die angeführten Kriterien erfüllen, sind zu differenzieren nach personen- und haushaltsbezogenen Datensätzen bzw. Statistiken.

Personenbezogene Datenbasen

Die wichtigsten personenbezogenen Datenbasen sind die Erhebungen des Statistischen Bundesamtes, nämlich die Insolvenzstatistik und die Überschuldungsstatistik von betreuten Personen bei Schuldnerberatungsstellen, sowie der Datenpool der SCHUFA.

Die SCHUFA verfügt über den bundesweit größten personenbezogenen Datenbestand zum Zahlungsverhalten von rd. 66,2 Millionen volljährigen Personen. Die Insolvenzstatistik des Statistischen Bundesamtes ist eine Vollerhebung, und an der Überschuldungsstatistik beteiligen sich 2009 236 (nicht kommerzielle) Beratungsstellen mit rd. 74 Tsd. Fällen (Tendenz steigend).

Der personenbezogene Datenpool der SCHUFA enthält nur kreditrelevante Merkmale, das heißt mit Ausnahme von Namen, Adresse, Alter und Geschlecht werden keine personen- oder haushaltsbezogenen Merkmale erhoben. Ebenso verhält es sich auch bei der Insolvenzstatistik des Statistischen Bundesamtes. Die Überschuldungsstatistik über betreute Personen bei Schuldnerberatungsstellen erfasst personenrelevante und ganz wenige haushaltsbezogene Merkmale.

Dadurch, dass die angeführten Datenbasen keine oder nur sehr wenige (Überschuldungsstatistik) Haushaltsinformationen erfassen, können auch keine oder nur sehr geringe Aussagen über den Haushaltshintergrund der betroffenen Personen gemacht werden. Es ist also nicht möglich, den Haushalt des Schuldners als Wirtschaftsgemeinschaft zu erfassen.

Alle genannten personenbezogenen Datenbasen (Insolvenzstatistik, Überschuldungsstatistik, SCHUFA-Datenpool) erlauben keine Aussagen über die Gesamtzahl der überschuldeten Personen oder Haushalte. Es wird im Rahmen der empirischen Analysen gezeigt, dass mit Hilfe der SCHUFA-Daten Aussagen zum Ausmaß von Zahlungsproblemen (Zahlungsausfällen) bei Schuldnern (volljährigen Personen) getätigt werden können. Darunter befinden sich Schuldner, die bereits in öffentlichen Schuldnerverzeichnissen erfasst sind, sei es wegen einer eingebrachten Verbraucherinsolvenz oder einer Eidesstattlichen Versicherung, und entsprechend können Aussagen über die Anzahl dieser zahlungsunfähigen Personen, die absolut überschuldet sind, erfolgen.

Der einzige repräsentative Datensatz, der Aussagen zur Gesamtzahl überschuldeter Privathaushalte erlaubt (auf der Basis der Definition von relativer Überschuldung, die die Fälle der absoluten Überschuldung mit umfasst, vgl. Kap. 1.2) ist das Sozio-ökonomische Panel.

Haushaltsbezogene Datenbasen

Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) ist die einzige Datenbasis, mit der für Deutschland jährlich repräsentativ auf der Haushaltsebene bankenmäßige Verschuldungsformen (Formen der Konsumenten- und Hypothekarkredite) erhoben werden. Das SOEP ist eine jährliche Wiederholungsbefragung (Längsschnitterhebung) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, die aktuell bei ca. 12.000 Haushalten und 23.000 Personen durchgeführt wird. Grundsätzlich ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung, dass die Merkmale der Personenebene (alle erhobenen Merkmale des Personenfragebogens) sowie jene der Haushaltsebene (Haushaltsfragebogen) eindeutig einander zugeordnet werden können.

Im Einzelnen betrachtet werden seit 1997 jährlich auf der Haushaltsebene alle Belastungen der Wirtschaftsgemeinschaft aus Krediten, das heißt der Besitz von Hypothekar- sowie von Konsumentenkrediten, und weiterhin für beide Kreditarten die entsprechenden monatlichen Zahlungsbelastungen daraus erhoben.

Das SOEP ermöglicht sowohl repräsentative Analysen im Querschnitt als auch im Längsschnitt (Analysen zum Ver- bzw. Überschuldungsverlauf von Haushalten, Untersuchungen zur Dauer von Überschuldung etc.).